

EUROPAWAHL 2024

Ideen für ein
demokratischeres Europa



association
GERHARD KIERSCH
verein

IN DIESER AUSGABE

Editorial	2
Grußwort vom Vorsitz	3

I. EUOPAWAHL 2024

Jeanette Süß	5
6 Monate vor den Europawahlen	
Linn Selle & Claire Demesmay	8
Europawahl-Interview	
Erwan Laurent	11
Faire voter le 9 juin, ce sera avoir réussi à donner de l'espoir	
Maia Achtermann	12
Auf dem Weg zu einer europäischen Union: Die Zeit ist reif für eine Wahlrechtsreform	
Leo Göbel	15
Quo vadis EU-Klimapolitik	
Maura Kratz	17
Partizipation & Repräsentation von Jugendlichen in der Europäischen Union	
SPOTLIGHT: Interview mit Tobias Bütow	22

II. IDEEN FÜR EUROPA

Jacob Ross	26
Die EU wird wehrhaft werden, oder überflüssig	
Ru-Tung Sun & Cédric Bourgeois-Potage	28
中国, wortwörtlich das Reich der Mitte: Freund, Konkurrent, oder doch Feind?	
Silas Delahaye	31
Transitions numériques en France et en Allemagne	
Julian Goodarzi	34
TikTok, eine Gefahr für unsere Demokratie?	
Suzie Holt	37
Embarquement immédiat à bord des trains de nuit européens !	

III. FEATURED VOICES

	40
--	----

EDITORIAL

Krisen, Konflikte, Kriege wohin das Auge nur schauen mag... Sei es in der Ukraine, im Kaukasus, im Nahen Osten aber auch in anderen Teilen der Welt: Die Erdkugel lodert so sehr, dass man dabei glatt das Klima vergisst. Das Jahr 2023 hat die „Zeitenwende“ bestätigt, ja die Polykrise zur Normalität gemacht und die Reaktionsfähigkeit der „Westlichen Welt“ erneut auf die Probe gestellt. Trotz oder gerade aufgrund dieser Dürstens stellt sich die zentrale Frage nach politischen Antworten, die die demokratischen Errungenschaften auch in einer immer unsichereren Welt garantieren können. Dabei spielt die Beteiligung von uns Bürgerinnen und Bürgern eine zentrale Rolle - wir sind ein Grundpfeiler der Demokratie.

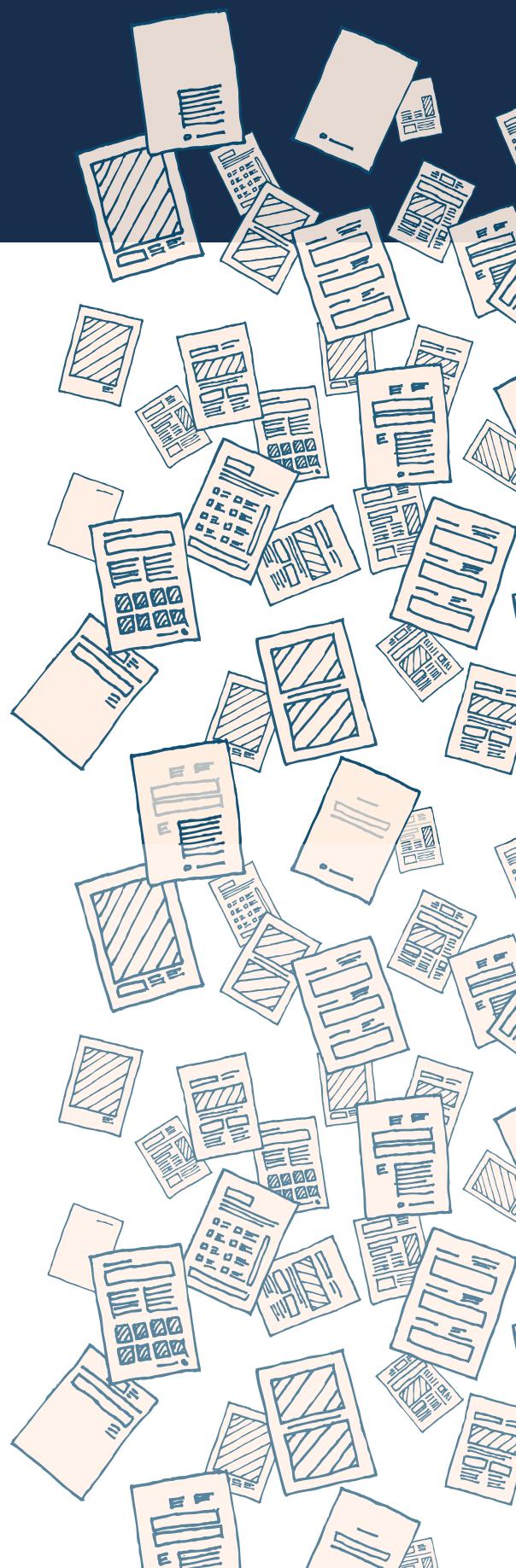
Angesichts der bevorstehenden Europawahl(en) und des 60. Jubiläums des Elysée-Vertrags, möchten wir als neu zusammengestelltes Courier-Team daher in dieser Ausgabe der Frage nachgehen, welche Handlungsspielräume es gibt, Europa noch demokratischer zu gestalten? Neben Interviews, unter anderem mit dem deutschen Generalsekretär des DFJW, Tobias Bütow, konnten wir eine Reihe spannender Meinungsbeiträge zusammenstellen, die der EU und dem deutsch-französischen Couple wertvolle Handlungsempfehlungen in diversen Gebieten aufzeigen: von institutionellen Reformen, Digitalpolitik, Außen- und Verteidigungspolitik, über Infrastruktur bis hin zu Migration.

Natürlich haben wir auch bestehende Formate wie die #StudentVoices und #CareerInsights sowie ein Fotointerview für Euch parat!

Beim Aufschlagen der ersten Seite wird Euch bereits aufgefallen sein, dass wir das Design des Courriers modernisiert haben – ein ganz großes Dankeschön an Dich Evgenia, dass Du das ermöglicht hast.

Nach der Lektüre der Ausgabe werden sicherlich mehr Fragen offen sein als zuvor. Ob dies positiv oder negativ ist, bleibt jedem selbst überlassen. Jedoch hoffen wir, dass die Lektüre Freude bereitet hat. Wir wünschen Euch eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins Neue Jahr. Der AGKV freut sich auf weitere gemeinsame Aktivitäten und Austausche in 2024.

Jonas, Younna und Cedric :)



GRUSSWORT

vom Vorsitz



Liebe Vereinsmitglieder, liebe Freundinnen und Freunde des AGKV,

ein ereignisreiches AGKV-Jahr 2023 neigt sich dem Ende entgegen und zugleich blicken wir mit Spannung auf das nächste Jahr, in dem nicht nur die Olympischen Spiele in Paris und die Fußball-Europameisterschaft in Deutschland stattfinden werden, sondern auch die Europäer:innen zur Europawahl aufgefordert sind - und genau diese steht im Fokus unseres diesjährigen Courier Paris-Berlin. Bevor Ihr Euch jedoch in die Lektüre stürzt, möchten wir einen kleinen Rück- und Ausblick auf unsere Vereinsaktivitäten in 2023 und 2024 wagen.

Zunächst durften wir im Frühling mehrere neue Gesichter im Team des AGKV-Vorstands begrüßen. Während unser neu gewähltes Vorstandsmitglied Mathis Böhm seither im Veranstaltungsteam hoch engagiert ist, wird unser gesamtes Vorstandsteam zudem tatkräftig von zwei Projektmitarbeitenden - Evgenia Ivanchuk und Jonas Waechter - unterstützt.

Neben unseren traditionellen Veranstaltungen in Berlin, darunter ein Stammtisch mit Alumna Ricarda Wagner, ein Weihnachtsmarktbesuch und ein Besuch im Bundestag bei Alumna Lucia Preiss und der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung, haben wir uns in diesem Jahr besonders gefreut, Euch mit dem Vortrag unseres Alumnus Jérôme Spinoza auch ein digitales Veranstaltungsangebot machen zu können. Und mit unserem Stammtisch Anfang November in Paris sind wir nun endlich (wieder) länderübergreifend(er) aktiv. Auch im kommenden Jahr dürft Ihr Euch auf spannende Events in Berlin, Paris und auch Brüssel freuen, die unser Veranstaltungsteam um Mathis, Cédric und Svenja auf die Beine stellen wird.

In diesem Jahr sind darüber hinaus vier neue Episoden unseres AGKV-Podcasts "Nachbars Ki(e)rschen" erschienen. Habt ihr schon alle gehört? Unser Podcast-Team ist dabei mit dem

Journalisten Bertrand Gallicher, mit Alumnus Jonas Freist-Held, mit Alumna Jeanette Süß und mit Politikwissenschaftlerin Claire Demesmay ins Gespräch gekommen. Im neuen Jahr wird es weitere spannende Folgen von Cédric, Franziska und Younna geben; als nächstes z.B. ein Interview mit Armin Laschet.

Wie Ihr zudem sicherlich bereits mitbekommen habt, erstellen wir, unter der engagierten Leitung von Dominic, derzeit ein Alumni:ae-Booklet, um uns leichter mit ehemaligen Kommiliton:innen zu vernetzen und einen Überblick über die Tätigkeitsfelder und die Diversität in unserem Alumni:ae-Netzwerk zu erhalten. Falls noch nicht geschehen, füllt bitte noch unsere Umfrage aus (siehe QR-Code im Courier) und leitet die Info gern an Eure Kontakte weiter, damit möglichst viele Alumni:ae vertreten sind.

Kennt Ihr eigentlich schon unseren Instagram-Kanal (agkv_alumni)? Seit September halten Franziska und Karina Euch dort - neben unseren anderen Social-Media-Kanälen sowie natürlich auf unserer Website - über unsere Vereinsaktivitäten auf dem Laufenden! Lasst gerne einen Like da und folgt uns für inspirierende Inhalte zu den deutsch-französischen Beziehungen und aktuelle Infos zum Verein!

Last but not least freuen wir uns sehr, dass Ihr dank unseres engagierten Courier-Teams, Jonas, Younna und Cédric, auch in diesem Jahr wieder eine mit vielen spannenden Artikeln gefüllte Ausgabe des Courier in den Händen halten könnt - in einem von Evgenia entworfenen ganz neuen Look! MERCI BEAUCOUP an Euch und an alle Autor:innen und Beteiligten und viel Spaß bei der Lektüre!

Nun wünschen wir Euch frohe und entspannte Feiertage und ein glückliches, gesundes und friedliches Jahr 2024!

Bis bald und europäische Grüße
Svenja und Karina



EUROPAWAHL

2024

6 MONATE VOR DEN EUROPAWAHLEN

Was Deutschland und Frankreich erwarten

Auch wenn die Europäische Union in Umfragen aus Sicht der Bürger:innen der EU als die politische Entität angesehen wird, die für Politikfelder wie die Umwelt-, Verteidigungs- oder Migrationspolitik verantwortlich sein sollte, spielt Europa nationalstaatlich immer noch eine untergeordnete Rolle. Dies wird insbesondere auch immer wieder durch das geringe Interesse der nationalen Medien deutlich.

Obwohl die Beteiligung an den Europawahlen in den letzten Jahren gestiegen ist, ist das Interesse an der EU insbesondere in Frankreich vergleichsweise gering ausgeprägt: Gemäß dem Eurobarometer von Juni 2023 bekundeten lediglich 40% der französischen Bevölkerung ein Interesse an den Vorgängen des Europäischen Parlaments, im Gegensatz zu 56% im europäischen Durchschnitt und sogar 65% in Deutschland.

Diese Zahl entspricht dem Anteil der Französinnen und Franzosen, die in den Medien vom Europäischen Parlament Kenntnis genommen haben – lediglich 39%. Dies ist die geringste Zahl in der gesamten Europäischen Union, signifikant niedriger als in Irland, das mit 50% den zweiten Platz einnimmt. Als mögliche Erklärung für diese französische Eigenart führte Laurence Boone, die Staatssekretärin für Europäische Angelegenheiten, kürzlich an, dass momentan lediglich 2,5% (!) der Medienberichterstattung auf die Europäische Union und ihre Institutionen entfallen. Kein Wunder also, dass angesichts dieser Unkenntnis demagogischen Anti-EU-Parolen Tür und Tor geöffnet sind.

Rechte in Europa auf dem Vormarsch

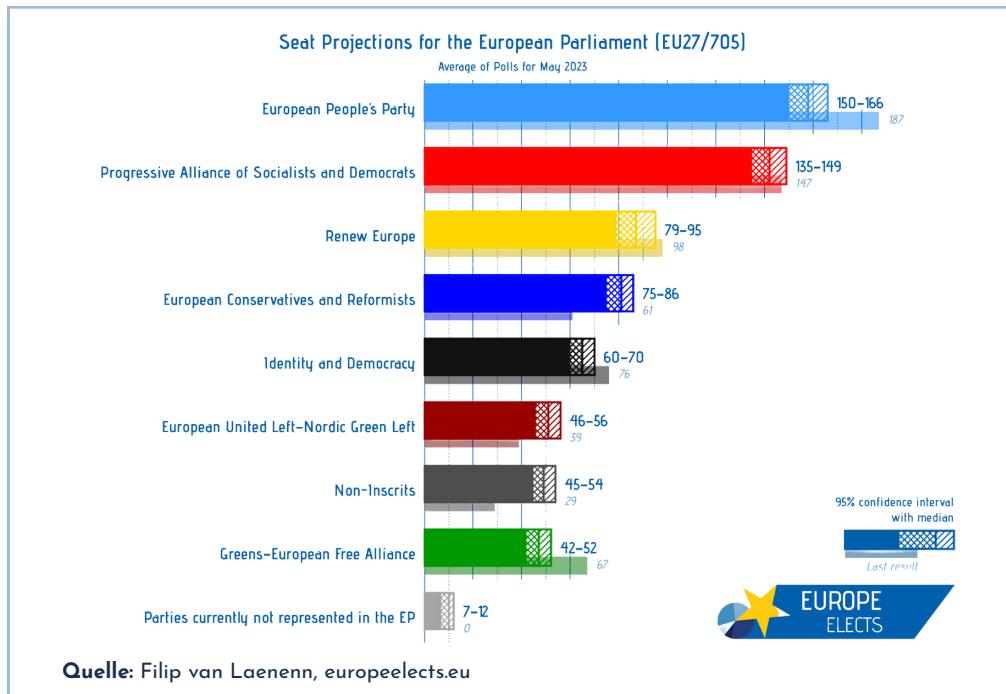
Die Wahlsiege rechter Parteien in ganz Europa sind ein schlechendes Phänomen der letzten Jahre, auch wenn der Ausgang der Wahlen in Polen und Spanien vereinzelte Hoffnungsschimmer darstellt.

In Deutschland ist die AfD in den letzten Monaten über die 20-Prozent-Marke geklettert, und neben den Europawahlen stehen in Deutschland im Herbst 2024 Landtagswahlen in den ostdeutschen Ländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen an, in denen die AfD aller Voraussicht nach Rekorderfolge erzielen wird. Längst sind die Rechtspopulist:innen aber kein ostdeutsches Phänomen mehr, sondern haben, wie man an den Landtagswahlen in Hessen und Bayern studieren kann, deutschlandweit Fuß gefasst. Und es sind eben nicht nur die wirtschaftlich Abgehängten und nicht in gleicher Weise nach westlichem Demokratieverständnis sozialisierten Wähler:innen aus Ostdeutschland, die der AfD zu- und der EU abgeneigt sind. Abstiegsängste sowie identitäre Gesellschaftskonflikte, die sich an der Frage der Grenze der Aufnahmefähigkeit von weiteren Geflüchteten in Deutschland entzünden, stehen für dahinterliegende Verteilungskämpfe zwischen den „einfachen Bürger:innen“ und „denen da oben“. In Zeiten von Inflation und gewachsenen Unsicherheiten in geopolitisch turbulenten Zeiten können diese Ängste von populistischen Parteien rechts- und links besonders gut instrumentalisiert werden. Die EU nicht als Chance, sondern Ursache verschiedener Probleme darzustellen, ist hierbei eine einfache Formellösung, die verängt.

Interessant wird hier die Entwicklung der europapolitischen Positionierung der französischen Partei „La France Insoumise“ sein, deren Wahlbündnis NUPES in Frankreich gerade an der Positionierung zum Krieg zwischen Israel und Palästina auseinanderbricht. Der nicht zufällig vor Beginn des EU-Wahlkampfes gewählte Zeitpunkt der Gründung einer neuen Partei am linken Rand des politischen Spektrums um Sahra Wagenknecht zeugt von der Bedeutung von EU-Wahlen für das nationale Parkett, wobei noch unklar bleibt, für welche genauen europapolitischen Positionierungen die Partei stehen wird. Und vor allem ist noch

nicht abzusehen, inwieweit die Gründung dieser neuen Partei Stimmen von AfD-Wähler:innen absorbieren könnte und damit den prognostizierten Aufwind für die Rechtsextremen zumindest in Teilen einzuhegen vermag. Eine ähnliche Frage stellt sich genau andersherum für die rechts-extreme Partei „Reconquête“ um Éric Zemmour, dessen Partei im EU-Parlament noch nicht vertreten ist, aber das Potenzial hat, dem „Rassemblement National“ von Marine Le Pen einige Stimmen zu stehlen. Diese Entwicklungen sind in den aktuellen Prognosen zur Sitzverteilung im Europäischen Parlament (siehe Grafik) noch nicht inkludiert.

tere institutionelle Ausgestaltung der EU als geopolitischer Akteur essenziell und wurde auch auf höchster politischer Ebene von Außenministerin Annalena Baerbock auf der Europa-konferenz in Berlin thematisiert. Zwar hätte das Agenda-Setting von der Leyens 2019 nicht vorausschauender sein können, aber ist es eigentlich die Rolle der Präsidentin der EU-Kommission, eine aktive europäische Außenpolitik zu gestalten? Müsste nicht viel mehr die Rolle des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik aufgewertet werden? Um der sich verschärfenden internationalen Lage zu begegnen, sollte das außenpolitische Handeln der EU unabhängig von der



In jedem Fall werfen diese Entwicklungen zwischen den Extremen kein gutes Licht auf den Zustand der europäischen Demokratie und begrenzen die Europäische Union in ihrer Handlungsfähigkeit. Dabei sind die Herausforderungen, die die EU zu lösen hat, zahlreich und können gerade nur mit einer verbesserten Handlungsfähigkeit gemeistert werden. Wie nie zuvor gilt das Versprechen seit Antritt der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die EU in einen geopolitischen Akteur zu wandeln. Angesichts zahlreicher Konflikte in unmittelbarer Nachbarschaft der EU spielt die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EU eine zunehmende Rolle. Doch in diesem Bereich der High-Politics, die die unmittelbare Souveränität der Nationalstaaten tangiert, lässt der Europäisierungsprozess trotz erheblicher Fortschritte der letzten Jahre, die durch verschiedene Krisen wie den Krieg in der Ukraine erzwungen wurden, auf sich warten. In diesem Zusammenhang ist die Reformdebatte um die wei-

Kommission gestaltet werden, die sich ihrerseits auf das Agenda-Setting innerhalb der europäischen Gesetzgebung beschränken sollte. Dies betrifft dann alle beteiligten diplomatischen Dienste, die einem gemeinsamen diplomatischen Dienst unterstellt sind, zunächst unter der Ägide des Europäischen Rates. Der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik würde dadurch mehr Befugnisse erlangen, und der derzeitige Amtsinhaber dieser Funktion, Josep Borrell, müsste in seinem Rollenverständnis aufgewertet werden. Dies ist jedoch nur eine der institutionellen Reformdebatten, der sich die EU in den nächsten Monaten stellen muss.

Wie weiter mit der institutionellen Reformdebatte?

So legten der Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments, eine Gruppe deutsch-französischer Expert:innen und letztendlich

ein Zusammenschluss namhafter europäischer Persönlichkeiten in einem „Manifest“ ihre Empfehlungen zur Änderung der EU-Verträge vor.

Nachdem die Expert:innengruppe ihre Vorschläge auch im Rat für allgemeine Angelegenheiten vorgestellt hat, geht es bis zum Europäischen Rat Anfang Dezember 2023 nun darum, sich auf eine gemeinsame Richtschnur zu einigen. Mit der Europakonferenz des Auswärtigen Amtes am 2. November, zu der 17 Außenminister:innen anderer EU-Staaten und Staaten des Westbalkans erschienen, sollte sicherlich auch der Eindruck vermieden werden, dass die aktuelle Reformdebatte nur eine deutsch-französische Debatte sei. Dennoch wird es vor allem an Deutschland und Frankreich sein, die Debatte entscheidend weiter zu prägen. Aktuell ist hierzu auch ein eigener Bericht einer entsprechenden Arbeitsgruppe der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung (DFPV) in Erarbeitung, der bindenden Charakter hat und als Richtschnur für beide Regierungen dienen soll.

Diese gemeinsame deutsch-französische Richtschnur sollte sich nicht nur mit der konkreten Ausgestaltung der EU-Institutionen beschäftigen (beispielsweise der Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat, dem Rotationsprinzip der Kommission, der Aufwertung des Rechtsstaatlichkeitssprinzips oder der Umgestaltung außenpolitischer Befugnisse sowie transnationaler Listen), sondern vor allem darauf abzielen, zu klären, welches Angebot den Erweiterungsländern des Westbalkans, Moldaus und der Ukraine gemacht werden soll und wie ein graduellerer Integrationsansatz konkret aussehen könnte.

Institutionelle Querelen kann sich die EU jedenfalls angesichts der gravierenden internationalen Lage nicht leisten. Doch die EU-Wahlen werden zwangsläufig eine machtpolitische Neujustierung mit sich bringen; mit dem Risiko, nur eingeschränkt auf Krisen und Kriege in der Welt reagieren zu können, während die EU vor allem mit sich selbst beschäftigt ist.

Jeanette Süß ist seit März 2023 wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) am französischen Institut für inter-nationale Beziehungen (Ifri), wo sie sich insbesondere mit der Europäischen Union und den deutsch-französischen Beziehungen beschäftigt. Vor ihrem Eintritt ins Cerfa arbeitete sie für eine deutsche politische Stiftung in Brüssel an den politischen Beziehungen zu Frankreich durch zahlreiche Projekte mit Think Tanks, politischen Parteien und Organisationen aus der Zivilgesellschaft. Nach ihrem Studium der Politikwissenschaft an der Sciences Po Paris und der Freien Universität Berlin (Promo 2014-2016) arbeitete sie für den Sachverständigenrat für Integration und Migration sowie für das Institut für Sicherheitsstudien der Europäischen Union in Paris.



INTERVIEW

DIE EUROPWAHL

Ein Gespräch mit Claire Demesmay & Linn Selle

Manche politische Berichterstatter rechnen mit einem „Rechtsrutsch“ im EU-Parlament bei den kommenden Europawahlen. Denken Sie, dass gegebenenfalls diese schwerwiegenden Folgen für die Politik der Europäischen Union haben könnte? Wäre ein breites Bündnis der nationalistischen, euroskeptischen Parteien in einer selben Fraktion möglich?

Dr. Linn Selle (LS): Ich beobachte diese Entwicklungen mit großer Sorge. Die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments beeinflusst die politische Agenda und die Gesetzgebung in der EU erheblich. Ein stärkerer Einfluss von nationalistischen und euroskeptischen Parteien könnte die politische Landschaft in der EU also grundlegend verändern. Die EU und ihre Institutionen sind auf Kompromisse und Zusammenarbeit angewiesen, um politische Entscheidungen zu treffen, und Veränderungen in der politischen Zusammensetzung des EU-Parlaments, insbesondere hin zu euroskeptischen Parteien, könnte die Handlungsfähigkeit der EU und des Parlaments stark beeinträchtigen. Ein breites Bündnis nationalistischer und euroskeptischer Parteien in derselben Fraktion im EU-Parlament ist theoretisch möglich, und es gab bereits Versuche in diese Richtung. Allerdings können politische Differenzen zwischen diesen Parteien die Bildung einer stabilen Fraktion erschweren. Diese Parteien sind in vielen Punkten dann doch sehr unterschiedlich, beispielsweise in ihrer Sichtweise auf Putin. Außerdem erfordert die Schaffung einer Fraktion eine Mindestanzahl von Mitgliedern aus einer ausreichenden Anzahl von EU-Mitgliedstaaten. Ob das erreicht werden könnte, ist fraglich. Falls es jedoch dazu kommen sollte, könnte eine solche Fraktion die politische Dynamik innerhalb des Europäischen Parlaments verändern und die Fähigkeit der EU, kohärente politische Entscheidungen zu treffen, negativ beeinflussen. Aber ob es letztlich dazu kommt, ist meiner Meinung nach kaum vorherzusagen.

Dr. Claire Demesmay (CD): Es ist leider nicht das erste Mal, dass sich diese Frage mit genau denselben Worten bei einer Europawahl stellt.

Erinnern Sie sich an das letzte Mal, 2019, als bereits von einem Rechtsruck die Rede war – und von einem möglichen Bündnis der Rechten, das die Dynamik der europäischen Integration in Frage stellen könnte. Und in der Tat gab es 2019 einen Rechtsruck, der zwar die Gleichgewichte verschob, aber das Europäische Parlament nicht grundlegend destabilisierte. Rechtspopulistische, euroskeptische bzw. europafeindliche Parteien zeigen in der Öffentlichkeit ihren Willen zur Zusammenarbeit und streben diese auch an, stoßen aber schnell an ihre Grenzen, da jede von ihnen eine nationalistische Logik verfolgt. Es gibt einen inneren Widerspruch in der Idee einer „Internationale der Nationalisten“. Aber auch ohne Bündnis birgt der Rechtsruck ein großes Risiko, sobald diese Parteien ihre Themen in den Köpfen der Menschen und auf der politischen Agenda durchsetzen. Und das größte Risiko ist immer noch der Erfolg EU-kritischer und rechtspopulistischer Parteien bei nationalen Wahlen, da die Regierungen der Mitgliedstaaten eine Blockademacht haben.

Gemäß des Spitzenkandidatenprinzips wurde 2014 Jean-Claude Juncker als Kandidat der Europäischen Volkspartei (EVP) zum Präsidenten der Europäische Kommission gewählt. 2019 konnte sich das Prinzip nicht durchsetzen. Wie bewerten Sie die Zukunft dieses Modells?

LS: Dass Ursula von der Leyen 2019 nach den Europawahlen als Kommissionspräsidentin ins Spiel kam hat viele Menschen überrascht, da sie sich bei der Europawahl gar nicht zur Wahl gestellt hatte. Dies haben viele Menschen als undemokratisch empfunden. Aus diesem Grund appellieren wir als EBD nachdrücklich an die politischen Parteien, für die Europawahl 2024 europaweite Spitzenkandidat:innen aufzustellen, aus deren Kreis der oder die nächste Spalte der Europäischen Kommission hervorgehen muss. Dafür müssen die europäischen Parteien ihre Kandidaten und Kandidatinnen:innen während des gesamten Prozesses, insbesondere bei der

Nominierung im Europäischen Rat und der Wahl im Europäischen Parlament, unterstützen. Dies ist eine wichtige Lehre aus der letzten Europawahl. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die europäische Demokratie hängt davon ab, dass die Mitgliedstaaten den Willen der Wähler respektieren und diejenige Person zur Kommissionspräsidentin oder zum Kommissionspräsidenten ernennen, die die Menschen in der EU mehrheitlich gewählt haben.

CD: Dieses Prinzip ist in politischen Kreisen keineswegs unumstritten, aber ich bin nach wie vor der Meinung, dass es durchaus Sinn macht, um die europäischen Entscheidungsprozesse für die Bevölkerung nachvollziehbarer und transparenter zu machen - und damit ihre demokratische Legitimität zu stärken. Das Spitzenkandidat:innenprinzip allein reicht jedoch nicht aus und muss von anderen Maßnahmen wie länderübergreifenden Listen und der Harmonisierung der Wahlverfahren in den Mitgliedstaaten begleitet werden - selbst das Wahlalter ist nicht überall in der EU gleich! Reformen sind notwendig, und unter diesem Gesichtspunkt bietet der Bericht der deutsch-französischen Expertengruppe zu institutionellen Reformen der EU interessante Ansätze. Die Gruppe, die die deutsche Staatsministerin für Europa Anna Lührmann und die französische Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten Laurence Boone Anfang 2023 initiierten, hat vor kurzem Empfehlungen vorgestellt, um die EU handlungsfähiger vor der nächsten Erweiterungsrounde zu machen.

Welche Schlüsselthemen erwarten Sie in den Diskussionen und Kampagnen im Vorfeld der Europawahlen?

LS: Es gibt mehr als genug höchstrelevante Themen, für die die europäischen Parteifamilien und ihre Parteien in den Mitgliedsstaaten Antworten und Lösungsvorschläge finden müssen. Ich erwarte, dass vor allem viele national relevante und polarisierende Themen eine große Bühne bekommen werden, wie beispielsweise die Migrations- sowie Wirtschafts- und Energiepolitik. Gerade der rechte politische Rand droht in der gesamten EU Stimmen hinzuzugewinnen, das wird die Debatten wahrscheinlich stark prägen. Aber auch die gestiegenen Lebenshaltungskosten mit all ihren Auswirkungen in der gesamten Europäischen Union genauso wie die Sicherheits- und Außenpolitik besonders im Hinblick auf Russland werden ein Thema sein. Es bleibt zu hoffen, dass die Diskussionen über nationalen Themen hinausgehen und sich konstruktiv den Heraus-

forderungen der EU widmen. Deshalb wünsche ich mir, dass auch Debatten über die Reformierung der EU hin zu mehr Handlungsfähigkeit, Stärkung des Europäischen Parlaments, Rechtsstaatlichkeit und die Aufnahmefähigkeit der EU geben wird.

CD: Angesichts der Sorgen der Bevölkerung und der aktuellen Positionierung der politischen Parteien ist zu erwarten, dass die Migrations- und Asylpolitik sowie die wirtschaftliche und soziale Lage - die Kaufkraft! - bedeutende Themen im Wahlkampf sein werden. Allerdings hoffe ich, dass dies auch eine Gelegenheit sein wird, andere Themen anzusprechen, die für unsere Zukunft von entscheidender Bedeutung sind. Wir erleben derzeit geopolitische Umwälzungen und tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen, und wir müssen uns diesen Herausforderungen stellen und gemeinsame europäische Antworten darauf finden. Dabei geht es natürlich um den Klimawandel, aber auch um unser Wirtschaftsmodell angesichts des digitalen Wandels, den Schutz der Rechtsstaatlichkeit im globalen Wettbewerb um Werte oder die Positionierung der EU auf der internationalen Bühne. Keine einfachen Themen, aber unvermeidliche Diskussionen.

Welche Themen sollten Ihrer Meinung nach bei den Europawahlen aufgegriffen werden?

LS: Für mich und die EBD ist das allem voran die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, aber auch insbesondere die starke Einbindung gesellschaftlicher Kräfte, um eine breite Beteiligung in der EU sicherzustellen. Das ist gerade für uns als EBD sehr wichtig, da unsere Mitgliedschaft genau diese gesellschaftlichen Kräfte vertritt und uns das eine große Vielfalt und viel Gewicht gibt. Darüber hinaus gibt es aber natürlich noch viel mehr brisante und relevante Themen, denen sich die europäischen Parteifamilien im Wahlkampf widmen müssen. Das reicht von entscheidenden institutionellen Reformen der EU, Demokratieförderung, einer kohärenten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der Nachhaltigkeitstransformation, transparenter EU-Entscheidungsfindung bis zur EU-Erweiterungspolitik.

Wird der Krieg gegen die Ukraine im europäischen Wahlkampf eine Rolle spielen, und wenn ja, welche?

LS: Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine muss eine zentrale Rolle im EU-Wahlkampf spielen. Je länger der Krieg

anhält, desto mehr zehrt er an den Kräften der Menschen in der Ukraine. Wir müssen sicherstellen, dass pro-russische Akteure und ihre Propaganda-Armee in Europa nicht diskursbestimmend sind - die Wahlen in der Slowakei im Oktober 2023 haben gezeigt, dass der destruktive und post-faktische Einfluss von Außen eine fortwährende Aufgabe für uns Europäerinnen und Europäer ist. Wir müssen die Unterstützung der Ukraine weiter hochhalten und dafür sorgen, dass die Unterstützung der Ukraine eines unserer zentralen Anliegen ist und die europäische Bevölkerung auch weiterhin fest dahinter steht. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist ein Angriff gegen unsere europäischen Werte und unsere freiheitlich demokratische Lebensweise - keine Sekunde dürfen wir Zweifel an unserer Unterstützung für unsere Nachbarin und EU-Beitrittskandidatin aufkommen lassen. Dem im Wahlkampf eine große Rolle zukommen zu lassen, erachte ich als zentral.

CD: Ja, der russische Angriffskrieg in der Ukraine wird zwangsläufig eine Rolle im Wahlkampf spielen, da er unsere traditionellen Bezugspunkte und eine Reihe unserer Gewissheiten verändert hat - sei es die Sicherheit der Energieversorgung, also auch unser Wirtschaftsmodell, oder die Dauerhaftigkeit des Friedens auf unserem Kontinent und unser Verhältnis zur militärischen Gewalt. Und dann stellt sich, wie bereits bei anderen Wahlen in Europa, die Frage nach dem russischen Einfluss und seiner potentiellen destabilisierenden Kraft. Darüber hinaus verändert die wachsende Gewalt in der europäischen Nachbarschaft die politische Lage. Ich denke dabei an die Ukraine, aber auch an den Nahen Osten mit dem Krieg zwischen Israel und der Hamas und etwas weiter entfernt an die Putsche in Subsahara-Afrika. Dies zwingt uns Europäer, eine Realität zu sehen, an die wir schon lange nicht mehr gewöhnt waren, und schnell Antworten darauf zu finden.

Könnten Sie Unterschiede und Gemeinsamkeiten nennen, die Ihnen auffallen, wenn Sie die politischen Debatten in Frankreich und Deutschland über die Europäische Union und die Europawahlen vergleichen?

LS: Frankreich und Deutschland sind sich in vielen Punkten ähnlich was die Debatten rund um die EU angeht. Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland gibt es beispielsweise eine starke Unterstützung für die europäische Integration und die Europäische Union. Beide Länder betrachten die EU als entscheidende Akteurin in der globalen

Politik und als Garantin des Friedens und der wirtschaftlichen Stabilität in Europa. Außerdem legen sowohl Frankreich als auch Deutschland grundlegend viel Wert auf den Klimawandel und die Umwelt in ihren politischen Debatten. Beide Länder sind sich der Notwendigkeit bewusst, gemeinsame Maßnahmen auf EU-Ebene zu ergreifen, um den Klimawandel anzugehen. Das hat sich in beiden Ländern durch die Covid-19-Pandemie und den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine etwas mehr in den Hintergrund bewegt, ist aber trotzdem ein wichtiges Thema für beide Länder und ihre Bevölkerungen. Auch haben beide Länder starke rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien, die in den letzten Monaten viele Stimmen in den Wahlumfragen hinzugewonnen haben. Das Rassemblement National und die AfD teilen unter Anderem eine kritische Haltung gegenüber der EU. Grundlegend EU-kritisch sind aber weder die deutsche noch die französische Bevölkerung.

CD: In beiden Ländern, wie übrigens so gut wie überall in der EU, ist der Europawahlkampf von nationalen Sorgen und Interessen geprägt. Abgesehen davon gibt es eine Besonderheit des französischen Europa-Diskurses, der durch die Forderung sowohl nach einem Schutz-Europa als auch nach einem Macht-Europa gekennzeichnet ist. So wie die politische Lage aktuell ist, denke ich, dass dies auch 2024 wieder der Fall sein wird. Eine weitere Besonderheit: Bei den letzten Europawahlen im Jahr 2019 erzielte der Rassemblement National das beste Ergebnis aller Parteien bei der französischen Wählerschaft. Es ist zu erwarten, dass sie auch 2024 wieder ein gutes Ergebnis erzielen wird. Die Frage ist noch, ob sich die pro-europäischen Parteien in Deutschland so gut halten werden wie beim letzten Mal.

Dr. Linn Selle ist Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland e.V.

(EBD). Sie studierte Politikwissenschaften in Bonn und Paris und anschließend European Studies in Frankfurt/Oder. Hauptberuflich ist sie Leiterin des Referats Europa in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund.



Dr. Claire Demesmay ist Gastprofessorin an der Universität des Saarlandes (Cluster für Europaforschung) und assoziierte Forscherin im Centre Marc Bloch in Berlin.



ESSAY

FAIRE VOTER LE 9 JUIN,

ce sera avoir réussi à donner de l'espoir

Lorsque l'on demande aujourd'hui aux jeunes leur sentiment face à l'avenir, beaucoup parleront de peur, d'angoisse, d'incertitude ; et pourtant, au milieu de toutes ces inquiétudes, une majorité mentionneront encore **l'espoir**.

Et à moins d'un an des élections européennes, c'est précisément sur cet espoir qu'il faut miser pour mobiliser largement et faire changer la peur de camp. Cet espoir, c'est celui qui fait lever de son canapé pour s'engager et défendre les valeurs auxquelles nous croyons. Cet espoir, c'est celui de se dire que, face aux défis actuels qui dépassent nos frontières nationales, l'Europe peut nous proposer des solutions.

Il n'est aujourd'hui plus question de débattre si oui ou non nous voulons de l'Europe, car si nous sommes d'une génération qui tenait la paix en Europe comme définitivement acquise, la guerre en Ukraine devrait nous rappeler que toujours nous aurons à nous battre pour défendre la paix et la démocratie. Ne tenons pas ce que nous avons pour acquis : c'est un combat permanent. Et dans ces derniers mois qui nous rapprochent du 9 juin, il ne sera jamais trop de rappeler l'essentiel, que nous avions eu tendance à oublier le temps passant : l'Union européenne est la garantie de notre paix commune.

Le contexte international aura assurément un impact sur la campagne, et notre responsabilité collective, en particulier celle des médias, sera de veiller à la lutte contre la désinformation. Systématiquement, les logiques nationales prennent le dessus jusqu'à prêter à l'Union européenne des compétences qu'elle n'a pas. Finissons-en avec les débats nationaux sur des politiques européennes, il est temps qu'un véritable espace public et médiatique européen émerge. Il ne peut ainsi être que souhaitable que des débats entre candidats de différentes nationalités soient organisés à l'approche de l'échéance. Ce sont entre autres des conditions qui pourraient donner plus de sens à cette élection pour une partie de l'électorat, car une nouvelle fois la participation sera un enjeu de taille.



Et réussir à faire voter le 9 juin, ce sera être parvenu à procurer de l'espoir ; parce que face aux problèmes globaux et périls climatiques, l'Union européenne devrait nous apparaître à tous comme l'échelle qui a les moyens de relever ces défis ; un pays seul ne le pouvant.

Ainsi, la pédagogie et la sensibilisation joueront un rôle essentiel dans la campagne afin d'expliquer ces enjeux. C'est à ce titre que la mobilisation de la société civile européenne sera indispensable, dans une période où tous les projecteurs seront braqués sur l'UE, ce sera aussi l'occasion pour porter des propositions pour continuer de la faire progresser, et donner à l'avenir encore plus de sens à ces élections. Seule institution élue directement, le Parlement européen a vocation de gagner en pouvoirs et en importance, afin de faire vivre l'espoir, qui aura poussé citoyennes et citoyens européens dans les isoloirs le 9 juin prochain.

Erwan Laurent ist Teil der Promotion 2021 der Sciences Po Paris am Campus Nancy und studiert im Doppelbachelorstudiengang mit der FU Berlin im 5. Semester. Er engagiert sich bei den Jeunes Européens France, war von 2022 bis 2023 Präsident des Vereins und ist seit August 2023 verantwortlich für deren europäische Beziehungen. Außerdem steht er in seinem vierten Jahr als Jugendbotschafter des DFJWs und ist verantwortlich für den Osten Deutschlands.



AUF DEM WEG ZU EINER EUROPÄISCHEN UNION:

Die Zeit ist reif für eine Wahlrechtsreform

Die „Wahl ohne Wähler“ (Wenzel 2019): Vor vier Jahren wurde die europaweite Wahlbeteiligung von knapp über 50% als Erfolg gefeiert. Solch eine Beteiligung wäre auf nationaler Ebene mindestens alarmierend, schließlich sind Wahlen ein zentrales Instrument einer gesunden Demokratie. Auf EU-Ebene jedoch ist die Wahlbeteiligung generell wesentlich niedriger als auf nationaler – besonders junge Menschen stimmen im Vergleich zu anderen Altersgruppen wenig in den Wahlen des Europäischen Parlaments (EP, Parlament) ab (DG for Internal Policies of the Union 2023).

Das ist eigentlich nichts Neues. Seit Langem gibt es eine Debatte um das Demokratiedefizit in der EU. Die EP-Wahl gilt als second order election, da sie auf nationaler Ebene organisiert und durchgeführt wird. Einheitlich sind weder das Wahlalter, der Tag der Wahl noch Sperrklauseln (Nohlen 2019). Der Vorwurf ist, dass die Fraktionen im Europäischen Parlament oft aus Parteien bestehen, die ihre nationalen Interessen vertreten. Im deutschen Wahlkampf der EP-Wahlen waren in der Vergangenheit auf Wahlplakaten bereits Sprüche wie „Finanzhaie würden FDP wählen“ zu lesen (Bohnenkamp 2009). Der Fokus des Wahlkampfes liegt dabei auf einer anderen deutschen Partei statt auf europäischen Themen. In einer Studie zu den EP-Wahlen 2019 geben 42% der Wähler:innen an, dass sie sich aufgrund der Standpunkte zu nationalen Themen für eine Partei entschieden haben (Zalc, Becuwe, und Buruian 2019).

Sowohl von zivilgesellschaftlicher als auch von politischer Seite wurden bereits mehrmals Wahlrechtsreformen gefordert. Könnten Wahlrechtsreformen die europäische Gemeinschaft fördern

und die EU stärken? Welche Veränderungen könnten die Europawahlen europäisieren?

Der Status Quo und das Demokratiedefizit

Wenn es um Wahlrechtsreformen und das sogenannte Demokratiedefizit der EU geht, wird oft das Argument angeführt, dass die EU ein *sui generis* Gebilde und nicht direkt mit einer nationalen Demokratie vergleichbar sei (Majone 1998). Doch in den Römischen Verträgen von 1957 ist ein einheitliches Verfahren für die EP-Wahlen vorgesehen. So, wie die EP-Wahl momentan durchgeführt wird, werden nationale Parteien ins Parlament gewählt, die sich im Wahlkampf stark auf innerstaatliche Themen fokussieren. Deswegen wird das Parlament auch als Ort kritisiert, an dem nationale Interessen auf Kosten der europäischen Politik ausgetragen werden. Das schadet dem

europäischen Projekt und schwächt die Union. Die Fraktionen, denen sich die Parteien nach der Wahl zuordnen, sind den Bürger:innen kaum bekannt. Zudem sind Fraktionen große Parteienzusammenschlüsse, in denen unterschiedlichste Meinungen nationaler Parteien vertreten sind: die

Eine Wahlrechtsreform sollte darauf abzielen, europäische Themen in den Wahlkämpfen in den Vordergrund zu stellen, sodass die Europawahlen nicht als zweite Nationalwahl, die einer Sanktionierung von nationalen Akteuren dient, verstanden wird.

EVP-Fraktion setzt sich beispielsweise aus 84 Parteien zusammen (Osipuu 2020). Eine niedrige Wahlbeteiligung schwächt die demokratische Legitimität des Parlaments, dem einzigen EU-Organ, welches direkt gewählt wird. Zwar gibt es verschiedene Konsultationsmechanismen, in denen versucht wird, Bürger:innen in Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Ein Beispiel hier wäre die Zukunftskonferenz, die letztes Jahr stattfand. Jedoch fehlt es an generell institutionalisierten Konsultationsmechanismen. Warum also nicht den EP-Wahlen ansetzen, die zudem Bekanntheit bei

Wähler:innen genießen, um die EU demokratischer zu machen und die Beteiligung zu stärken? Eine Wahlrechtsreform sollte darauf abzielen, europäische Themen in den Wahlkämpfen in den Vordergrund zu stellen, sodass die Europawahlen nicht als zweite Nationalwahl, die einer Sanktionierung von nationalen Akteuren dient, verstanden wird. So könnte die europäische Gemeinschaft gestärkt werden, auch, indem sich Bürger:innen vermehrt auf europäischer Ebene politisieren könnten.

Transnationale Listen als Anreiz für eine Europäisierung der EP-Wahlen

Forderungen, die sich mit dem Demokratiedefizit und der Distanz der EU zu Bürger:innen befassen, werden immer wieder thematisiert, zuletzt in der Konferenz zur Zukunft Europas und der Kampagne EurHope von make.org und den Young European Federalists. Aus beiden partizipativen Ansätzen ist hervorgegangen, dass Bürger:innen sich wünschen, dass das Wahlrecht in den verschiedenen Mitgliedstaaten einheitlicher gestaltet wird, und dass transnationale Listen eingeführt werden.

Transnationale Listen sind an ein Wahlsystem mit zwei Stimmen angelehnt: eine Erststimme für eine nationale und eine Zweitstimme für eine europäische Liste (Landeszentrale für politische Bildung BW o. J.). So wird sowohl lokale als auch europäische Repräsentation ermöglicht. Die Symbolik dahinter ist groß: es würde erstmals ein europäischer Wahlkreis entstehen. Daraus ergäbe sich die Möglichkeit, europäische Parteien zu wählen, die unabhängig von nationalen Themen zu europäischen Herausforderungen Debatten führen könnten. Sich zur Wahl stellende Parteien und Politiker:innen müssten in allen Mitgliedstaaten Wahlkampf betreiben und somit europäische Netzwerke aufbauen. Solch eine Reform hätte das Potenzial, den Wähler:innen ein Gefühl einer europäischen Gemeinschaft zu vermitteln und eventuell sogar einen europäischen Demos zu schaffen.

In Kombination mit anderen Wahlrechtsreformen, wie der Vereinheitlichung des Wahlsystems in Mitgliedstaaten und der Stärkung des Spitzenkandidat:innenprinzips, könnte die Kohärenz und somit das Verständnis für EU-Wahlen gefördert werden.

Ein steiniger Weg: die Verhandlungen auf EU-Ebene

Wie erwähnt sind diese Ideen keineswegs neu. Und die EU ist gewiss nicht unempfänglich für solche

Vorschläge - sie ist sich lediglich wieder einmal uneinig.

Bereits 2015 wurde eine Wahlrechtsreform, die Wahlbedingungen in den Mitgliedstaaten in Einklang bringen sollte, ausgearbeitet. 2018 wurde diese auch angenommen, jedoch nicht von allen Mitgliedstaaten ratifiziert. Ein erneuter Anlauf wurde 2022 vom Europäischen Parlament auf den Weg gebracht und wird besonders von großen Mitgliedstaaten wie Frankreich, Spanien und Italien unterstützt. Dieser sieht transnationale Listen, eine Sperrklausel und vereinheitlichte Wahlregeln vor (Europäisches Parlament 2022). Jedoch ist auch dort eine Einigung der Mitgliedsstaaten bisher nicht in Sicht (Ruiz Devesa und Kotanidis 2023).

Wahlrechtsreformen sind schwer umsetzbar, da sie die Einstimmigkeit des Rats benötigen und im Anschluss von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden müssen. Kleinere Mitgliedstaaten sorgen sich, im Parlament durch transnationale Listen unterrepräsentiert zu sein. Zudem möchten sie ihren Einfluss auf die Organisation von Wahlen nicht aufgeben: Wahlregeln bezüglich Altersgrenzen und anderen Regelungen werden als Traditionen gesehen (Gutschker 2023).

Solch eine Reform hätte somit das Potenzial, den Wähler:innen ein Gefühl einer europäischen Gemeinschaft zu vermitteln und eventuell sogar einen europäischen Demos zu schaffen.

Sollten transnationale Listen eingeführt werden, muss natürlich darauf geachtet werden, dass das Wahlsystem einen Kompromiss zwischen dem Prinzip der Wahlgleichheit und der gerechten Repräsentation von Mitgliedstaaten findet. Nachteile für kleinere Mitgliedstaaten müssen ernst genommen werden und könnten durch Quoten verhindert werden. Es gibt Vorschläge, dass eine bestimmte Anzahl der sich zur Wahl stellenden Politiker:innen aus verschiedenen Mitgliedstaaten kommen muss. Ebenso besteht die Möglichkeit, Mitgliedstaaten verschiedener Größe miteinander in Gruppen einzuteilen und vorzuschreiben, dass auf jeder länderübergreifenden Liste jede dieser Gruppen vertreten sein muss. Zudem können in der Definition von europäischen Parteien Beschränkungen enthalten sein, die bestimmen, wer transnationale Listen aufstellen darf. Voraussetzungen könnten sein, dass einige oder alle Mitgliedstaaten vertreten, Wahlprogramme verschiedenen Sprachen zugänglich und

Sitze der Parteien in verschiedenen Ländern vorhanden sein müssen. Solche Bestimmungen könnten die Sorgen von kleineren Mitgliedstaaten schwächen und sollten von Staaten wie Frankreich und Deutschland aktiv in Debatten eingebracht werden, um die Wahlrechtsreform voranzubringen.

Im Kern der Debatte um das Wahlrecht steht vor allem die Frage, in welche Richtung sich Europa entwickeln möchte und inwiefern Mitgliedstaaten bereit sind, sich weiter zu integrieren und Teile ihrer Souveränität abzugeben. Zwar könnte ein solches Vorhaben angesichts der aktuellen Umstände und Uneinigkeit auf europäischer Ebene ambitioniert wirken, doch sind in den letzten Jahren Wahlrechtsreformen immer wieder von politischer und zivilgesellschaftlicher Seite aufgekommen. Auch die Gründung von pan-europäischen Parteien wie Volt sind Zeugnis eines zivilgesellschaftlichen Willens, europäische Integration zu fördern. Eine Wahlrechtsreform beinhaltet die Möglichkeit, Demokratie in Europa zu stärken, indem sie transnationale Debatten vertieft, länderübergreifende Parteien schafft und die europäische Gemeinschaft kräftigt. Das könnte gerade in Zeiten des Krieges und des Rechtspopulismus ein wichtiges Zeichen für demokratische und europäische Werte setzen.



Maia Achtermann ist Absolventin des deutsch-französischen Bachelorprogramms des Campus Nancy der Sciences Po Paris und derzeit Praktikantin bei der Deutschen Atlantischen Gesellschaft.

Bibliographie

Bohnenkamp, Ute. 2009. „Von Finanzhaien und Pleitegeiern“. Handelsblatt, 11. Mai 2009. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/europawahl-2009-von-finanzhaien-und-pleitegeiern/3174446.html>.

DG for Internal Policies of the Union. 2023. Young People's Participation in European Democratic Processes: How to Improve and Facilitate Youth Involvement. Publications Office. <https://data.europa.eu/doi/10.2861/30223>.

Europäisches Parlament. 2022. „Parlament: Neue Regeln für Europawahl - EU-weiter Wahlkreis gefordert“. Pressemitteilung. <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220429IPR28242/parlament-neue-regeln-für-europawahl-eu-weiter-wahlkreis-gefordert>.

Gutschker, Thomas. 2023. „Wahlrecht für EU-Parlament soll bleiben“. FAZ, 27. Juni 2023. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europawahl-eu-staaten-lehnen-reform-ab-18994326.html>.

Landeszentrale für politische Bildung BW. o. J. „Transnationale Listen - Zweitstimme“. Zugriffen 8. November 2023. <https://www.europawahl-bw.de/transnationale-listen#c77415>.

Majone, Giandomenico. 1998. „Europe's 'Democratic Deficit': The Question of Standards“. European Law Journal 4 (1): 5-28. <https://doi.org/10.1111/1468-0386.00040>.

Nohlen, Dieter. 2019. „Wie wählt Europa 2019?“ Bundeszentrale für politische Bildung, 22. März 2019. <https://www.bpb.de/themen/europawahlen/dossier-europawahlen/71360/wie-waehlt-europa-2019/>.

Osipuu, J. 2020. „Europäische Volkspartei (EVP)“. In Europalexikon der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-europalexikon/176908/europaeische-volkspartei-evp>.

Ruiz Devesa, Domènec, und Silvia Kotanidis. 2023. „Proposal for a Council Regulation on the election of the members of the European Parliament by direct universal suffrage, repealing Council Decision (76/787/EEC, Euratom) and the European Electoral Act“. Europäisches Parlament. <https://www.europarl.europa.eu/legislative-train/theme-constitutional-affairs-afco/file-reform-of-the-electoral-law-of-the-european-union>.

Wenzel, Julia. 2019. „Eine Wahl ohne Wähler“. April 2019. <https://www.goethe.de/ins/fr/de/kul/dos/euw/21546631.html>.

Zalc, Julien, Nicolas Becuwe, und Alexandrina Buruian. 2019. The 2019 Post-Electoral Survey: Have European Elections Entered a New Dimension? Brussels: European Parliament.



DISCLAIMER: Dieses Bild wurde durch künstliche Intelligenz generiert.

QUO VADIS EU-KLIMAPOLITIK?

Wie die Europawahl die europäischen Klima-Ambitionen zu untergraben droht

"Only Nixon could go to China" heißt es oft, um zu beschreiben, wie es den bekennenden Antikommunisten brauchte, um eine Annäherung zwischen den USA und China herbeizuführen. Ähnlich ist es mit Ursula von der Leyen und der europäischen Klimapolitik.

Ausgerechnet unter einer konservativen Kommissionspräsidentin verschrieb sich die EU dem "European Green Deal" und steigerte ihre klimapolitischen Ambitionen. Die Ursache war die Europawahl bzw. "Klimawahl" 2019 und vor allem das überraschend gute Abschneiden grüner Parteien in Deutschland, Frankreich und damals noch dem Vereinigten Königreich (Graham-Harrison 2019). Um als Kandidatin des europäischen Rates eine Mehrheit im Europäischen Parlament (EP) zu finden und dem guten Abschneiden von Parteien, die ambitionierten Klimaschutz gefordert hatten, Rechnung zu tragen, schlug von der Leyen den "European Green Deal" vor (Hutchinson 2019). Seitdem haben das EP und vor allem die progressiven Parteien immer wieder sichergestellt, dass die EU dieses Versprechen mit Leben füllt und nicht von ihrer ambitionierten Politik abweicht. Zuletzt war das bei der Nominierungsanhörung des designierten neuen Klimakommissars Hoekstra sichtbar, der sich für eine Reduktion der CO2-Emissionen um 90% bis 2040 ausgesprochen hat, um sich die Unterstützung des EP-Ausschusses für seine Nominierung zu sichern (Kurmayer 2023).

Entscheidend war dabei, dass es einen breiten Konsens im EP für den "Green Deal" und die Notwendigkeit ambitionierter Klimapolitik gab. Während progressive Parteien die Klimapolitik von der Leyens aus Überzeugung mittragen und teils sogar nachschärfen, basiert die Unterstützung der Europäischen Volkspartei (EVP) auf der Loyalität

zu einer Kommissionspräsidentin aus den eigenen Reihen, die man nicht beschädigen will. Doch auch die Vorhaben der aktuellen Kommission reichen nicht aus, um einen angemessenen Beitrag zur Einhaltung des 1.5 Grad-Ziels zu leisten (Climate Action Tracker 2023). Trotzdem konnte von der Leyen als konservative Kommissionspräsidentin ironischerweise eine deutlich ambitioniertere Klimapolitik verfolgen, als es womöglich unter einem Sozialdemokraten möglich gewesen wäre, dem die EVP ihre Unterstützung versagt hätte.

Diese positive Dynamik, die in den letzten Jahren die europäische Klimapolitik vorangebracht hat, ist allerdings zunehmend in Gefahr. Zum einen ist da die Schwäche der Parteien, die sich ambitionierter Klimapolitik verschrieben haben. Die grüne Fraktion im EP würde aktuellen Umfragen zufolge um fast ein Drittel schrumpfen, und auch die anderen progressiven Parteien würden Sitze verlieren. Stattdessen sind rechte und euroskeptische Parteien mit ihrer Ablehnung jeder ambitionierten Klimapolitik auf dem Vormarsch (Politico 2023).

Gleichzeitig brodelt es in der EVP. Ihr Vorsitzender Manfred Weber, der selbst gerne Kommissionspräsident wäre, tritt immer ableh-nender in der Klimapolitik auf, flirtet mit rechten Kräften und würde die EVP am liebsten auf einen Kurs einschwören, in dem statt des Klimas die Migration im Zentrum der europäischen Politik stünde. Zwischen ihm und von der Leyen entwickelt sich zunehmend ein Wettbewerb um die "Seele der europäischen Konservativen", mindestens aber um die europäische Klimapolitik, die aktuell das wohl größte Vermächtnis von der Leyens darstellt (Wax, Vinocur, Guillot, Lynch 2023). Geht es so weiter, wird das Narrativ nach der nächsten Wahl nicht wie 2019 die Notwendigkeit ambitionierter

Klimapolitik sein, sondern der Umgang mit den Folgen eines Rechtsrutsches und dem Erstarken euroskeptischer Kräfte. Indem Weber mit dem "Green Deal" den wichtigsten Erfolg der wahrscheinlichen Spitzkandidatin der EVP untergräbt und sich rechten Kräften, wie den Brüdern Italiens, anbiedert, spielt er ein gefährliches Spiel. Wenn er mit dieser "Strategie" nur seiner eigenen Partei schaden würde, könnte man ihm ja noch viel Erfolg wünschen. Er setzt allerdings mit seinen frustrierten Schreien nach Aufmerksamkeit die gesamte europäische Klimapolitik und die Handlungsfähigkeit der EU in internationalen Verhandlungen aufs Spiel. Man kann deswegen nur hoffen, dass Ursula von der Leyen erkennt, dass hier sowohl ihr eigener Platz in der Geschichte auf dem Spiel steht, vor allem aber auch die letzte Hoffnung, die Erderwärmung auf annähernd 1.5 Grad begrenzen zu können. Sie sollte deswegen Manfred Weber entschieden entgegentreten und ihre wahrscheinliche Kandidatur nächstes Jahr auf den Prinzipien des "Green Deals" mit dem Versprechen aufzubauen, ihn weiter auszubauen, und so der Verantwortung, die die EU für die weltweite Klimapolitik hat, gerecht werden.

Leo Göbel, Promotion 2023 im Masterstudiengang Environmental Policy zwischen Sciences Po und der FU Berlin, schreibt aktuell noch an seiner Masterarbeit.



Bibliographie

Graham-Harrison, Emma (2019): A quiet revolution sweeps Europe as Greens become a political force, in: the Guardian, 04.06.2019, [online] <https://www.theguardian.com/politics/2019/jun/02/european-parliament-election-green-parties-success>.

Von der Leyen offers groups concessions ahead of key Parliament vote (2021): The Parliament Magazine, [online] <https://www.theparliamentmagazine.eu/news/article/von-der-leyen-offers-groups-concessions-ahead-of-key-parliament-vote>.

Kurmayer, Nikolaus J./Nikolaus J. Kurmayer (2023): Parliament delays new EU commissioners - again, in: www.euractiv.com, 04.10.2023, [online] <https://www.euractiv.com/section/climate-environment/news/parliament-delays-new-eu-commissioners-again/>.

EU (o. D.): [online] <https://climateactiontracker.org/countries/eu/>.

POLITICO Poll of Polls – European Parliament elections polls, trends and election news (o. D.): POLITICO, [online] <https://www.politico.eu/europe-poll-of-polls/european-parliament-elections-2019/>.

Wax, Eddy/Nicholas Vinocur/Louise Guillot/Suzanne Lynch (2023): Ursula von der Leyen is fighting for Europe's conservative soul, in: POLITICO, 03.08.2023, [online] <https://www.politico.eu/article/ursula-von-der-leyen-manfred-weber-eu-parliament-elections-europe-conservative-soul/>.



DISCLAIMER: Dieses Bild wurde durch künstliche Intelligenz generiert.

PARTIZIPATION & REPRÄSENTATION VON JUGENDLICHEN...

in der Europäischen Union mit Blick auf die Europawahl 2024

Die europäische Jugend - nicht vertreten?

Statistisch gesehen sind junge Menschen im Europäischen Parlament unterrepräsentiert. Das bedeutet, dass sie zu einem geringeren Anteil in den Parlamentsrägen vertreten sind als in der Europäischen Bevölkerung. Das Durchschnittsalter eines Europaabgeordneten (Median) liegt derzeit beispielsweise bei 53 Jahren (EPKS 2023a, 3). Die durchschnittliche EU-Bürgerin oder der durchschnittliche EU-Bürger ist mit 44,4 Jahren knapp 10 Jahre jünger (Eurostat 2023a).

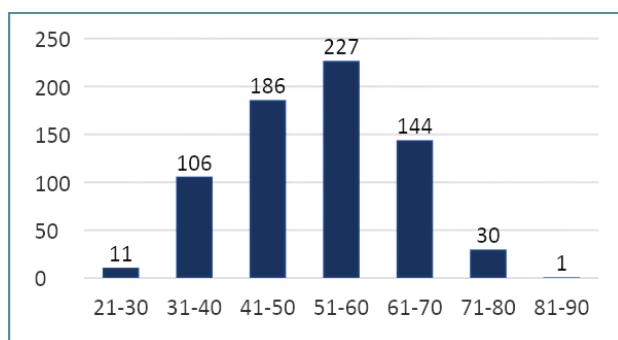


Abb. 1: Anzahl der Abgeordneten im EU-Parlament nach Alterstrichen, Stand: Mai 2023.

Quelle: EPKS (2023a, 3).

Die meisten EU-Abgeordneten, genauer gesagt zwei Drittel, sind zwischen 41 und 60 Jahren alt. 30 Jahre oder jünger sind nur elf der 705 Abgeordneten, was einem Anteil von knapp 1,6% entspricht. Zum Vergleich: Der Anteil der Jugendlichen (15 bis 24 Jahre) liegt in den EU-27 bei 10,5% (Eurostat 2023b). Obgleich beide Alterskohorten nicht ganz deckungsgleich und daher nur bedingt vergleichbar sind, zeichnet sich

eine deutliche Repräsentationslücke ab. Das kann einerseits damit erklärt und gerechtfertigt werden, dass Jugendliche weniger Erfahrung und Qualifikationen für das Amt mitbringen. Auch dürfen sie erst ab einem national festgelegten Mindestalter von zwischen 18 und 25 Jahren überhaupt kandidieren (mehr dazu weiter unten). Eine gewisse Differenz zwischen dem Jugendanteil in der Bevölkerung und jenem im EU-Parlament ist also zu erwarten und vertretbar. Andererseits bekommen junge Menschen die Konsequenzen vieler politischer Entscheidungen auch in stärkerer Intensität und längerer Dauer zu spüren (Stichwort Generationengerechtigkeit). Die entscheidende Frage ist somit, ob die mangelnde Präsenz von Jugendlichen im EU-Parlament auch zu einer unzureichenden Berücksichtigung ihrer Interessen führt.

Deskriptive und substantielle Repräsentation

Eine gängige konzeptionelle Unterscheidungslinie in der Politikwissenschaft verläuft zwischen deskriptiver und substantieller Repräsentation (Pitkin 1967). Erstere beschreibt das Ausmaß, in dem die Zusammensetzung eines Parlaments den soziodemografischen (deskriptiven) Merkmalen der Gesellschaft entspricht, die es zu repräsentieren sucht. Letztere hingegen umfasst den Grad zu dem Repräsentant:innen inhaltlich (substantiell) die Interessen und Einstellungen der Bürger:innen im Parlament vertreten. Die oben beschriebene Unterrepräsentation Jugendlicher im EU-Parlament ist also zunächst deskriptiver Natur. Sie wird insbesondere dann zum Problem, wenn davon ausgegangen wird, dass ältere Menschen

die Interessen der jungen Generation nicht oder nur unzureichend vertreten, sich also eine deskriptive in einer substantiellen Unterrepräsentation Jugendlicher niederschlägt. Nicht nur sind junge Menschen selbst in den Parlamenten abwesend, auch ihre inhaltlichen Interessen und Einstellungen werden, so die Sorge, inmitten einer alternden Gesellschaft außen vorgelassen. Eine Berücksichtigung der Interesse Jugendlicher im Policymaking-Prozess sei für Parlamentarier:innen strategisch betrachtet unrentabel, da die Befürwortung dieser Gruppe sich aufgrund des aktiven Wahlalters bei der nächsten Wahl nicht oder nur bedingt in Form von Wähler:innenstimmen auszahlen wird. Diese Anreizstruktur steht für viele in einem Missverhältnis zu der Intensität und Dauer, in der junge Menschen die Auswirkungen politischer Entscheidungen zu spüren bekommen. „Ich würde sogar behaupten, dass in den Parlamenten junge Menschen überrepräsentiert sein sollten, da viele der Entscheidungen, die getroffen werden, die Zukunft betreffen“ meint Hannah Vanbelle von der Brüsseler Bürgerbewegung Agora (Vasques 2022). Obgleich sie sich dieser Ansicht in der dargelegten Drastik nicht anschließen würde, hat die EU-Kommission das Problem der Unterrepräsentation und Entfremdung der Jugend durchaus erkannt und begonnen, ihm entgegenzutreten. So verkündete Kommissionspräsidentin von der Leyen in ihrer State of the Union Address 2022 das Jahr der Europäischen Jugend (von der Leyen 2022).

Mögliche politische Antworten

Um der Unterrepräsentation von Jugendlichen entgegenzuwirken, können unterschiedliche Strategien angewandt werden. Einerseits kann der Versuch unternommen werden, ihre Stimmen in deliberativen Foren einzufangen (Stichworte Mini-Publics oder Bürgerräte). Diesbezüglich stellt sich allerdings stets die Frage nach der anschließenden Einbindung der Ergebnisse in den formalen politischen Entscheidungsprozess. Wenn einer vermeintlichen Beteiligung der Bürger:innen durch ein solches Format anschließend keine Taten folgen, kann dies deren Frustration sogar steigern, statt sie abzubauen (Blome und Hartlapp 2022). Der partizipativ-demokratische Lösungsansatz wurde im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas (CoFoE) exploriert. In diesem ersten europäischen Bürgerforum wurden zufällig ausgewählte Bürger:innen in politische Diskussionen rund um relevante EU-Themen von Wirtschaft bis Werte mit einbezogen. Die Konferenz wurde EU-seitig als Gelegenheit und Chance kommuniziert, Europapolitik mitzustalten - insbesondere für

junge Menschen. Die im Rahmen der Konferenz erarbeiteten einschlägigen Empfehlungen, wie beispielsweise die Durchführung sogenannter Jugendtests, um neue Gesetzesvorschläge auf ihre Auswirkungen für die europäische Jugend und ihre Vereinbarkeit mit deren Interesse hin zu prüfen, griff die Kommission anschließend jedoch nur bruchstückhaft und in abgeschwächter Form auf (Europäische Kommission 2023). So erwähnte sie zwar im Rahmen ihres Programms 2023 als Ziel, die Bürger:innen in den Mittelpunkt der europäischen Demokratie zu stellen, schlug jedoch letztendlich nur vor, Bürger:innengremien zu bilden, deren Teilnehmende zu einem Drittel aus Jugendlichen bestehen. Sofern alle Teilnehmenden jugendlich sind, sollen die Gremien als Jugendtest gelten (Leeson 2022).

Eine andere Möglichkeit, der Unterrepräsentation Jugendlicher zu begegnen, besteht darin, sie enger in die klassische Entscheidungsfindung in den Parlamenten mit einzubinden, indem sie zum aktiven und passiven Wählen befähigt und ermuntert werden. In diesem Zusammenhang wurde und wird nach wie vor eine Absenkung des Wahlalters diskutiert. Nach geltendem EU-Recht steht es den EU-Mitgliedstaaten frei, das Mindestwahlalter für Europawahlen national festzulegen. Der Vorschlag des EU-Parlaments im Mai 2022, das Wahlalter unionsweit einheitlich auf 18 Jahre festzulegen blieb bisher ohne Folgen, da eine entsprechende Verordnung der einstimmigen Zustimmung des Rates sowie der Zustimmung aller Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften bedarf. Mit Blick auf die Europawahlen 2024 haben sich Deutschland und Belgien jedoch dazu entschieden, das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre herabzusetzen. In Österreich, Deutschland und Malta liegt das Alter für die Ausübung des aktiven Wahlrechts nun bei 16 Jahren. In Belgien können EU-Bürger:innen beantragen, bereits ab 16 Jahren an den Europawahlen teilnehmen zu dürfen. In Griechenland dürfen EU-Bürger:innen ab 17 Jahren und in den übrigen Mitgliedstaaten ab 18 Jahren bei Europawahlen ihre Stimme abgeben (EPRS 2023b). Die Altersschranken für die Ausübung des passiven Wahlrechts liegen jedoch um einiges höher. EU-Bürger:innen dürfen nur in knapp zwei Dritteln der Mitgliedstaaten (15) bereits ab 18 Jahren kandidieren. In neun Mitgliedstaaten liegt die Beschränkung nach wie vor bei mindestens 21 Jahren, in Rumänien bei mindestens 23 und in Italien und Griechenland sogar bei mindestens 25 Jahren (EPRS 2023c).

Fortsetzung auf der nächsten Seite

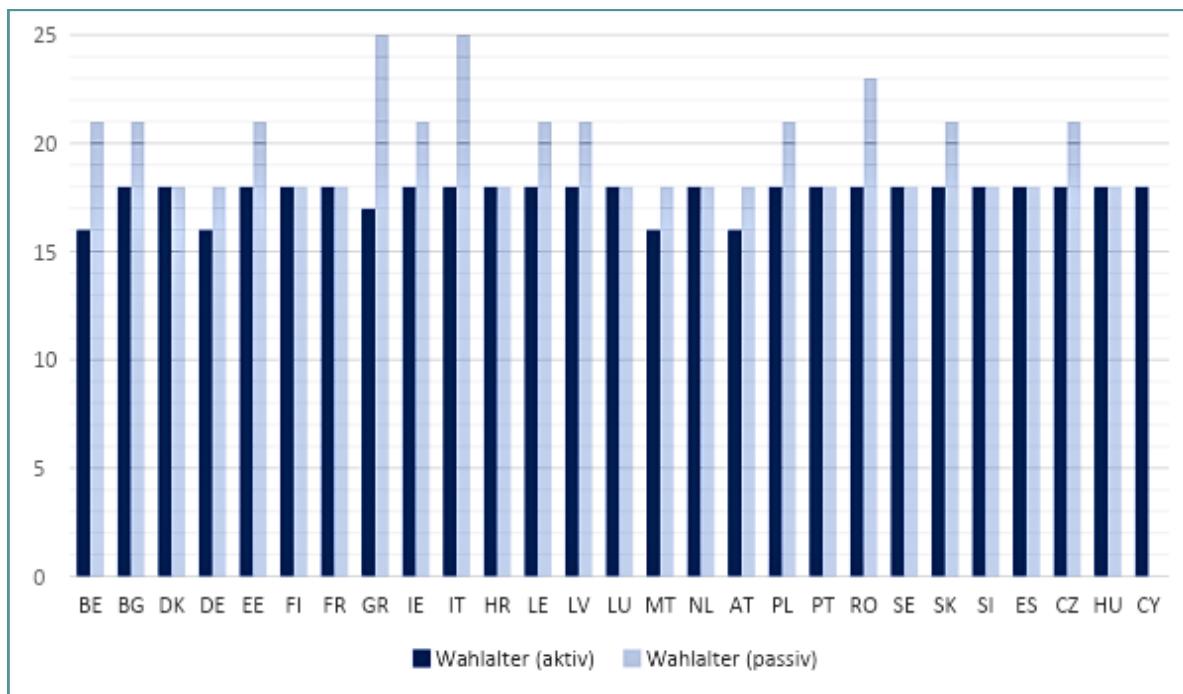


Abb. 2: Aktives und passives Wahlalter für Europawahlen nach Mitgliedstaat, Stand: Mai/Juni 2023.

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Informationen von EPRS (2023b) und EPRS (2023c).

Ungleichen sozio-ökonomischen Ressourcen begegnen

Allerdings führt eine Herabsetzung des Wahlalters auch nicht automatisch zu einer höheren Partizipation der Jugend. Denn Asymmetrien im Informationsumfeld bleiben auch nach Aufhebung etlicher Altersschranken bestehen. So können einige Jugendliche vom Austausch rund um Wahlen profitieren - beispielsweise im Unterricht, mit Freund:innen auf dem Schulhof oder am elterlichen Küchentisch -, was die politische Partizipation stärkt. Dort jedoch, wo das Umfeld keine oder wenig Informationen und Austauschmöglichkeiten über Politik bereitstellt, kann auch ein abgesenktes Wahlalter nur bedingt zur Wahl motivieren (Rossteutscher et al. 2022). So zeigt eine 2022 im Auftrag des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) unter 1.527 deutschen und 1.551 französischen Jugendlichen im Alter von 16 bis 25 Jahren durchgeföhrte Umfragestudie in beiden Ländern einen Zusammenhang zwischen dem sozio-ökonomischen Umfeld und der Wahlbeteiligung. Jugendliche aus ärmeren Elternhäusern gaben anteilig häufiger an, nicht wählen zu gehen, als Jugendliche aus gut situierten Kreisen (Hartlapp 2022, 14). Neben einer Ausweitung der Möglichkeiten zur Partizipation durch Herabsetzung des Wahlalters und deliberative Foren für EU-Bürger:innen sollten also niedrigschwellige Angebote zum Austausch und zur Information in den Blick genommen werden.

Ein geeigneter Ansatzpunkt könnte die Verankerung politischer Inhalte in Kurrikula aller Schulformen und aller europäischen Länder sein, suggerierte doch dieselbe Studie, dass der niedrige Anteil politikwissenschaftlicher Inhalte am französischen Schulkurrikulum auch mit einem geringeren politischen Engagement, Austausch und Informationsverhalten französischer Jugendlicher einhergeht. Auch eine Ausweitung des digitalen Bildungsangebots für Jugendliche gilt angesichts der Tatsache, dass Jugendliche sich größtenteils über Onlinemedien und soziale Plattformen informieren, als erfolgversprechend. Insgesamt bleibt mit Spannung abzuwarten, ob sich die seit der letzten Europawahl vollzogenen Änderungen bezüglich des Mindestwahlalters wie auch deliberativer Demokratie im kommenden Sommer positiv auf die Beteiligung der europäischen Jugend an der Europawahl 2024 und ihre anschließende Repräsentation im neu gewählten EU-Parlament auswirken werden.

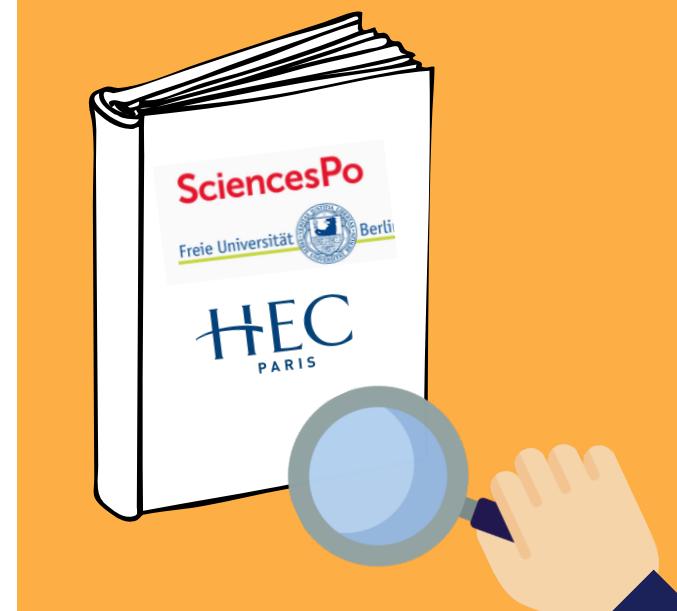


Maura Kratz war Teil der Promo 2022 des Doppelmasters in Affaires Européennes und Politikwissenschaft zwischen der Sciences Po Paris und der FU Berlin. Derzeit arbeitet sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Promovendin am Arbeitsbereich Deutschland und Frankreich im Vergleich des Otto-Suhr-Instituts für Politikwissenschaften an der FU Berlin.

Bibliographie

- Blome, Agnes und Miriam Hartlapp. 2023. „Can Deliberative Participatory Fora Cure Representation Gaps in France and Germany?“. Politische Vierteljahresschrift (PVS), 1-26.
- European Parliamentary Research Service. 2023a. „Europäisches Parlament: Fakten und Zahlen.“ BRIEFING. PE 747.102. Written by Giulio Sabbati. Zugriff am 13. November 2023. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2023/747102/EPRS_BRI\(2023\)747102_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2023/747102/EPRS_BRI(2023)747102_DE.pdf).
- European Parliamentary Research Service. 2023b. „Voting age for European elections.“ 07.06.2023. Written by Rafał Mańko. Zugriff am 13. November 2023. <https://eptinktank.eu/2023/06/07/voting-age-for-european-elections/>.
- European Parliamentary Research Service. 2023c. „Minimum age to stand as a candidate in European elections.“ AT A GLANCE. European elections 2024. PE 749.766. Written by Rafał Mańko. Zugriff am 13. November 2023. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2023/749766/EP_RS_ATA\(2023\)749766_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2023/749766/EP_RS_ATA(2023)749766_EN.pdf).
- Europäische Kommission. 2022. „Commission work programme 2023: A Union standing firm and united.“ Straßburg. 18.10.2022. COM(2022) 548. Zugriff am 13. November 2023. https://commission.europa.eu/strategy-documents/commission-work-programme/commission-work-programme-2023_en.
- Eurostat. 2023a. „Europäische Union: Durchschnittsalter der Bevölkerung in den Mitgliedstaaten im Jahr 2022: (Altersmedian in Jahren).“ Chart. 19.06.2023. Statista. Zugriff am 13. November 2023. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/248994/umfrage/durchschnittsalter-der-bevoelkerung-in-den-eu-laendern/>.
- Eurostat. 2023b. „Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (15 bis 24 Jahre) an der Gesamtbevölkerung der EU-Staaten im Jahr 2022.“ Chart. 22.02.2023. Zugriff am 14. November 2023. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/7082/umfrage/anteil-jugendlicher-an-der-gesamtbevoelkerung-der-eu-staaten/>.
- Hartlapp, Miriam. 2023. „Politische Partizipation: Zu wenig Einfluss, zu wenig Beteiligung.“ In Deutsch-französische Jugendstudie: Zurück in die Zukunft - Erwartungen junger Menschen in Deutschland und Frankreich, hrsg. von Anne Tallineau und Tobias Bülow, 14-21. Berlin/Paris: DFJH/OFAJ.
- Leeson, Sofia Stuart. 2022. „Jahr der Jugend“ der EU-Kommission bleibt hinter Erwartungen zurück.“ Euractiv, 30. August 2022. <https://www.euractiv.de/section/innenpolitik/news/jahr-der-jugend-der-eu-kommission-bleibt-hinter-erwartungen-zurueck/>.
- Pitkin, Hanna Fenichel. 1967. The Concept of Representation. First edition. Berkeley: University of California Press.
- Rossteutscher, Sigrid, Thorsten Faas, Arndt Leininger und Armin Schäfer. 2022. „Lowering the Quality of Democracy by Lowering the Voting Age? Comparing the Impact of School, Classmates, and Parents on 15- to 18-Year-Olds' Political Interest and Turnout.“ German Politics 31 (4): 483-510. DOI: 10.1080/09644008.2022.2117800.
- Tallineau, Anne und Tobias Bülow, Hrsg. 2023. Deutsch-französische Jugendstudie: Zurück in die Zukunft - Erwartungen junger Menschen in Deutschland und Frankreich. Berlin/Paris: DFJH/OFAJ.
- Von der Leyen, Ursula. 2022. „State of the Union Address.“ Rede vor dem Europäischen Parlament am 14.09.2022. SPEECH/22/5493. Zugriff am 13. November 2023. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/ov/speech_22_5493.
- Vasques, Eleonora. 2023. „Junge Menschen politisch unterrepräsentiert.“ Euractiv, 15. September 2023. <https://www.euractiv.de/section/wahlen-und-macht/news/young-people-de-facto-at-margin-of-eu-politics/>.

WANTED !



AGKV Alumni:ae Booklet

of the Franco-German Dual Degrees

Fill in the survey to
connect with former
students





SPOTLIGHT

INTERVIEW

TOBIAS BÜTOW

Deutscher Generalsekretär des DFJW

Das DFJW hat dieses Jahr seinen 60. Geburtstag gefeiert. Seit 1963 haben mehr als 9,5 Millionen junge Menschen an fast 400.000 Austauschprogrammen teilgenommen. Könnten Sie uns das Erfolgsrezept verraten?

Der Erfolg des DFJW spiegelt sich in der Bandbreite der Programme und Austauschmöglichkeiten wieder. Als Jugendwerk bringen wir Menschen unterschiedlicher sozialer und geografischer Herkunft zusammen. Egal ob Sportler:innen oder Bäckereilehrlinge, Krankenpfleger:innen oder Grundschullehrkräfte, Nachwuchshistoriker:innen oder Klimaschützer:innen: beim DFJW und seinen Partnern finden sie die Möglichkeit für Austausch. Die Art und Weise, wie junge Menschen hier in Kontakt kommen, spielt auch eine wichtige Rolle. Beispielsweise kann die klassische Klassenfahrt durch einen Schulaustausch mit der Gastfamilie "ersetzt" werden. Dies bringt junge Menschen nicht weniger auf neue Ideen als individuelle Projekte wie ein Freiwilligendienst oder ein Praktikum. Man überschreitet Grenzen, springt über den eigenen Schatten und erfährt Selbstwirksamkeit. Wer mehrere Tage oder Monate in einer Gastfamilie lebt und anschließend selbst zur Gastgeberin oder Gastgeber wird, schlüpft in die Schuhe einen anderen Menschen und dessen Lebensumfeld. Es sind solche lebensprägenden Momente, Begegnungen und Erfahrungen, die den Erfolg des DFJW ausmachen und von denen viele „Ehemalige“ noch Jahre und Jahrzehnte später berichten.

Seit dem 1. März 2019 sind Sie deutscher Generalsekretär des DFJW. Welche Akzente konnten Sie seitdem gemeinsam mit der französischen Generalsekretärin Anne Tallineau setzen?

Wenn man auf die letzten Jahre zurückblickt, hat sich die Welt um uns herum und die Gesellschaften, die uns alle prägen, die aber auch wir selbst prägen, sehr verändert. Pandemie, Klimawandel und Krieg bilden eine multiple Zeitenwende. Wie das DFJW schon in den letzten

60 Jahren auf Veränderungen und Herausforderungen reagierte, mussten unsere Partner, unser Team und wir neue Wege finden, um uns an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Die Pandemie legte viele Begegnungen lahm. Junge Menschen waren davon in besonderem Masse betroffen. Reisen ins Nachbarland beschränkten sich auf den berühmten Finger auf der (digitalen) Landkarte. Aber damit wollte das DFJW sich nicht zufriedengeben und so entwickelten wir einen Plan, um Austausch und Begegnungen trotz erschwerten Umständen möglich zu machen - ein "Plan de relance" - Wiederaufnahmeplan! Mehr als 10 Mio Euro. konnten so zur Stärkung der Förder- und Begegnungsmöglichkeiten eingespeist werden.

Als historische Herausforderung erleben wir natürlich den Klimawandel. Wir möchten die Trias Mobilität, Klimaschutz und Engagement zusammendenken. In diesem Jahr haben unsere Partner und wir zum Beispiel zu Klimalaufen aufrufen, auf mehr als 26.000 Kilometern knapp tausend Tüten Müll gesammelt, mehr als 700 Flaschen mit naturschädlichen Zigarettenstummeln gefüllt und einen deutsch-französischen „Wald der Zukunft“ aufgeforstet und 4.500 Bäume gepflanzt. Es ist unser Anspruch mit unseren Partnern neue Wege zu finden, wie man den europäischen Jugendaustausch umweltverantwortlich gestalten kann und hierbei die unter jungen Menschen vielfach verbreitete Ohnmacht und Protest in Engagement umwandelt. Der wichtigste Schritt ist, ein dickes Brett, dass wir ab dem 01. Januar 2024 erstmals in der Geschichte des DFJW Klima- und Umweltschutz in unseren nagelneuen Förderrichtlinien verankern. Wir führen ein klares Regularium ein, um Treibhausemissionen zu reduzieren und Individual- und Gruppenaustausch weg vom Flugzeug stärker auf Bus und Bahnschiene zu verlagern. Denn wir schützen das Klima am besten, wenn wir, wo es möglich ist, Emissionen klein halten.

Was waren bisher Ihres Erachtens Ihre größten Erfolgslebnisse als Generalsekretär? Gibt es Dinge, die Sie bedauern?

Erfolge sind stets Teamerfolge, gerade wenn es um die deutsch-französische Zusammenarbeit geht. Man muss sich das „Franco-Allemand“ als ein Netzwerk vorstellen, an dem jeden Tag tausende, ja zehntausende von Menschen in Ehrenamt und Beruf mitarbeiten. Der grösste Erfolg des DFJW ist sicherlich in den letzten Jahren der begründete Deutsch-Französischen Bürgerfonds gewesen. Eine Initiative beider Regierungen, die mit dem Vertrag von Aachen beschlossen wurde und welche die Zivilgesellschaft zwischen Deutschland und Frankreich stärker vernetzt. Während der Pandemie gegründet, wurde das Budget 2022 auf 5 Mio Euro verdoppelt. Mehr als 2.000 Projekte in Bürgerinitiativen und Städtepartnerschaften wurden bislang gefördert, auch um den Generationswechsel in der deutsch-französischen Zusammenarbeit voran zu bringen.

Eines der bewegendsten Jugend-Projekte war für mich ein deutsch-französisch-ukrainisches Zukunftscamp anlässlich unseres 60. Jubiläums in Berlin. 60 junge Menschen aus Deutschland und Frankreich, darunter junge Geflüchtete aus der Ukraine, die in Deutschland und Frankreich Zuflucht gefunden haben, zelteten eine Woche gemeinsam und entwickelten Zukunftsprojekte. An einem Abend lud Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu einem Bankett in den Garten des Schlosses Bellevue ein und diskutierte mehrere Stunden mit den Teilnehmenden.

Was ich bedaure? Als Gesellschaften haben wir es noch nicht geschafft, den aufhaltsamen Aufstieg des Rechtsextremismus zu stoppen. Unsere Demokratie wird bedroht. Es gibt Verfassungsfeinde, die die friedliche Zukunft junger Menschen in Deutschland, Frankreich und Europa auf's Spiel setzen, beispielsweise dort, wo ich herkomme, in Ostdeutschland. Interkultureller Austausch bietet eine ausgezeichnete Prävention gegen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus. Davon brauchen wir mehr denn je.

In Deutschland wie in Frankreich nimmt die Zahl der Schülerinnen und Schüler ab, die die Sprache des Partnerlandes als Fremdsprache lernen. Wie würden Sie dieses sinkende Interesse erklären? Was unternimmt das DFJW, um Deutsch und Französisch als Fremdsprache „wettbewerbsfähiger“ zu machen?

Die sinkenden Zahlen aus der schulischen Bildung sind besorgniserregend. Und die Schliessung der Goethe-Institute in Frankreich, übrigens auch in Italien und den Niederlanden, hilft hierbei nicht. In der vom DFJW herausgegebene Panorama-Studie

„Kontexte und Herausforderungen beim Erlernen der Partnersprache in einem mehrsprachigen Europa“ von Violaine Bigot und Anne Jardin werden der Spracherwerb in beiden Ländern analysiert. Im DFJW stellen wir uns der Frage, wie kann man Abhilfe schaffen? Was macht das Erlernen der deutschen Sprache für einen Jugendlichen weniger attraktiv als zum Beispiel das Erlernen der spanischen Sprache? Es gibt viele Faktoren, die diese Tendenz erklären können, die nicht unbedingt mit einem negativen Image des Nachbarlandes zusammenhängt, ganz im Gegenteil. Man kann das Erlernen der Partnersprache nicht nur auf die Anzahl der Schüler:innen in den Klassen reduzieren. Es gibt, auch wenn in der allgemeinen Bildung Schwierigkeiten zu beobachten sind, Einrichtungen, die sich in den letzten zwanzig Jahren aufwärts entwickelt haben. Private Sprachschulen in Frankreich verdienen gutes Geld. Das Institut Français hat in Deutschland mehr als 20.000 Sprachschüler:innen pro Jahr. Auch die Zahlen des DFJW zeigen, dass die Nachfrage steigt und junge Menschen besonders nach der Pandemie einen Nachholbedarf haben: Bei der Mobilität von Lehrkräften in Grundschulen ist ein Anstieg der Teilnehmerzahlen zu verzeichnen. Und auch die Tandemkurse erleben seit der Pandemie einen Aufschwung. Unser Leuchtturmpunkt France-mobil/mobiklasse.de bei dem junge Menschen aus Deutschland und Frankreich im Nachbarland den Schüler:innen in Animationen Lust auf die Sprache machen, ist beliebter denn je!

Was ist Ihrer Einschätzung nach die größte „Baustelle“ des DFJW?

Die aktuell größte Baustelle sehen wir in der Finanzierung der Jugendarbeit und des DFJW. Noch vor wenigen Wochen war unklar, ob der Kinder- und Jugendplan, dem zentralen Förderinstrument von Jugendverbänden in Deutschland, sowie der Freiwilligendienst, wie angekündigt gekürzt würden. Wir bekommen von unseren Partnern und Projektträgern rückgemeldet, wie sehr sich die Inflation und die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Jugendaustausch auswirkt. Es ist ein fragiler Sektor. Als DFJW sehen wir es als unsere Aufgabe, allen jungen Menschen Mobilitätserfahrungen zu ermöglichen, besonders jenen, die aus verschiedenen Gründen einen erschwerten Zugang haben. Das bedeutet, dass wir in unserer Förderung auf die Umstände reagieren müssen. Das gilt auch für den Bereich des Klima- und Umweltschutzes. Als DFJW möchten wir hier Vorreiter sein und mit gutem Beispiel vorangehen. Dennoch ist es auch hier so,

dass Zugreisen und umweltfreundlicher Jugendaustausch bisweilen teurer sind und es einen Mehraufwand für die Partner bedeutet. In unseren neuen Richtlinien, die am 01. Januar 2024 in Kraft treten, haben wir die Fördersätze partiell angehoben und den Klima- und Umweltschutz festgeschrieben. Bereits jetzt können wir aufgrund der hohen Förderanfragen gar nicht alle Projekte finanzieren. Wenn Jugendaustausch angemessen finanziert, für alle zugänglich und Klimafreundlich sein soll, dann braucht dieser auch eine entsprechende Förderung.

Eine Meinungsumfrage des Allenbach-Instituts anlässlich des 75. Gründungsjubiläums des Deutsch-Französischen Instituts (dfi) hat u. a. ergeben, dass 63 % der Französinnen und Franzosen sich kaum bzw. gar nicht für Deutschland interessieren, andersherum sind es 41 %. Was ist nach Ihrem Ermessen der Grund für diese abweichenden Zahlen?

Dass die Zahlen zwischen Deutschland und Frankreich abweichen, ist kein neues Phänomen. Frankreich ist beispielsweise das Tourismusland Nummer 1 in Europa, ja weltweit, Deutschland eher weniger. Und Interesse am Nachbarland fängt für viele mit der Freizeit an, mit der Begeisterung für die andere Kultur und einer positiven Wahrnehmung des vermeintlich anderen Lebensstils. Es ist also kein Indikator für Sand im Getriebe des deutsch-französischen Motors.

Aber muss sich jeder für Frankreich oder Deutschland interessieren? Natürlich nicht! Entscheidend ist eher: kommt Europa voran, ist unsere Demokratie stabil und antworten wir auf die Bedarfe junger Menschen in beiden Ländern? In unserer repräsentativen, komparativen Studie „Zurück in die Zukunft“, die wir im Januar 2023 veröffentlichten, gab es mehrere wegweisende Ergebnisse: Es ist nicht mehr das Nachbarland, das, wie vor 60 Jahren, jungen Menschen in Deutschland und Frankreich Angst macht, sondern der Klimawandel. Der Großteil junger Menschen blickt „düster“ in die gesellschaftliche Zukunft und in die staatliche Lösungskompetenz beim Klimaschutz. Doch die deutsch-französische Zusammenarbeit sieht ein Großteil junger Menschen als Refugium, als eine positive Referenz. Das zeigt: Wenn Deutschland und Frankreich zusammenarbeiten, vertrauen viele junge Menschen darauf, dass Europa vorankommt und die Generationenaufgaben unserer Zeit gelöst werden. Eine grosse Verantwortung!

Über welche Themen wird Ihrer Ansicht nach im „franco-allemand“ zu wenig gesprochen?

Es wird zu viel über vermeintliche Unterschiede gesprochen, die doch vor allem Ausdruck von Vielfalt und Komplementarität sind. Und es wird zu wenig davon gesprochen, wie sehr wir einander brauchen und wie sehr Deutschland und Frankreich einander vertrauen. Das ist einzigartig in Europa und den internationalen Beziehungen. Weiterhin ist die deutsch-französische Zusammenarbeit eine Werkstatt für Europa, hier entstehen Ideen und Kompromisse, die oftmals europaweit tragfähig sind. Für das Deutsch-Französische Jugendwerk ist klar, dass jedes deutsch-französische Projekt einen europäischen Kern hat. Wir möchten, dass auch andere Länder die deutsch-französische Zusammenarbeit inspirieren. Die deutsch-französische Zusammenarbeit muss „par nature“ inklusiv und offen bleiben für Partner aus anderen Ländern, beispielsweise aus Osteuropa, aus dem Westlichen Balkan oder dem Maghreb. Denn nur, wenn wir Europa auch über die deutsch-französischen Grenzen hinausdenken, kann der Frieden in Europa langfristig gesichert werden.

Welchen Ratschlag würden Sie als erfahrener Akteur der deutsch-französischen Beziehungen jungen Menschen geben, die vorhaben, im „franco-allemand“ später zu arbeiten?

Engagiert Euch! Stellt kritische Fragen! Und gebt Eure Antworten! Die multiplen Krisen zeigen, dass die älteren Generationen mit dem Feuer gespielt haben und bisweilen keine kritischen Fragen stellten oder die falschen Antworten gaben. Klar ist, dass die Zukunft unserer Demokratie und damit auch der deutsch-französischen Zusammenarbeit sich im Engagement entscheidet, auch im Engagement junger Menschen. Im Ehrenamt, im Studium, im Beruf. Viele Berufswege sind aus Engagement und Mut entstanden. Beispielsweise dem Mut, auch einige Zeit in einem anderen Land zu leben. Europa wird aus Mut gemacht.

Tobias Bülow ist seit dem 1. März 2019 deutscher Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendwerks.



Der Historiker und Politikwissenschaftler war für die Holocaustgedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem sowie für die OSZE in Sarajevo tätig. Er ist u. a. Mitglied der Académie de Berlin, Co-Sprecher von „Austausch macht Schule“, Vorstandsmitglied der Schwarzkopf-Stiftung Junge Europa sowie Beiratsmitglied des Westbalkan-Jugendwerks (RYCO).

IDEEN FÜR EIN DEMOKRATISCHERES EUROPA



ESSAY

DIE EU WIRD WEHRHAFT WERDEN, ODER ÜBERFLÜSSIG

Sicherheit ist die Voraussetzung funktionierender Demokratie. Das hat der Westen in den vergangenen zwanzig Jahren bei den Versuchen gelernt, in Afghanistan, im Irak, oder in Mali demokratische Strukturen zu schaffen. Die Lehren aus dem Scheitern dieser Versuche sollte vor allem die EU ziehen: Will die Union eine Zukunft haben, muss sie fähig sein, ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

2019 kündigte Ursula Von der Leyen an, die Sicherheit der Europäerinnen und Europäer zur Chefsache zu machen. Die Kommissionspräsidentin versprach eine „geopolitische Kommission“, die angesichts wachsender internationaler Herausforderungen durchsetzungsfähiger werden sollte, und das auch auf sicherheitspolitischer Ebene. Fünf Jahre später ist die ehemalige deutsche Verteidigungsministerin mit diesem Anliegen vorerst gescheitert.

Zwar ist die Geopolitik heute in aller Munde, sogar in Deutschland. Allein das ist eine historische Entwicklung, die allerdings den Ereignissen seit Februar 2022 und nicht etwa vorausschauender Politik geschuldet ist. Dass aber die EU geopolitischer geworden ist, lässt sich auch mit viel gutem Willen kaum behaupten. Egal welchen Krisenherd man rund um das Unionsgebiet betrachtet, angefangen mit der russischen Invasion der Ukraine, über den kürzlichen Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien und den wieder aufgeflammt Krieg in Nahost, bis hin zum Staatszerfall in Libyen und in Westafrika - bei allen Unterschieden haben diese Krisen eine Gemeinsamkeit: Die EU spielt in einem Raum, den die meisten Analysten zur „erweiterten Nachbarschaft“ der Union zählen, keine nennenswerte Rolle.

Die EU spielt in einem Raum, den die meisten Analysten zur „erweiterten Nachbarschaft“ der Union zählen, keine nennenswerte Rolle.

Doch damit nicht genug. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist in den vergangenen fünf Jahren nicht nur stagniert. Es gibt gute Gründe dafür, zu argumentieren, dass sie schwächer geworden ist. 2019 gründete der geopolitische Anspruch Von der Leyens für die Union auf einer deutsch-französischen Einigung. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Emmanuel Macron hatten sich vor dem Hintergrund der dramatischen weltpolitischen Entwicklungen des Jahres 2016 darauf verständigt, die EU souveräner zu machen. Das Brexit-Votum hatte die Union in ihren Grundfesten erschüttert und nach der Wahl Donald Trumps standen plötzlich auch die amerikanischen Sicherheitsgarantien in Frage.

Mehr EU-Souveränität dank einer geopolitischen EU-Kommission: Diese Ansprüche wirkten 2019 ambitioniert, aber angemessen. Und es gab Gründe für Optimismus: In Paris schien Macron,

der proeuropäischste Präsident der Fünften Französischen Republik, eine Gewinnerformel gefunden zu haben. Gründe für Optimismus: In Paris schien Macron, der proeuropäischste Präsident der Fünften Französischen Republik, eine Gewinnerformel gefunden zu

haben. Den traditionellen gaullistischen Kritikerinnen und Kritikern der EU stellte er im Gegenzug für die Abgabe nationaler Souveränität nach Brüssel größeren Einfluss in der Welt in Aussicht. Gleichzeitig schien die Berliner Bundesregierung angesichts der Unberechenbarkeit Trumps bereit, entsprechende Vorschläge aus Paris ernsthaft zu diskutieren. „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei“, sagte Merkel 2017 wenige Tage nach Macrons Wahltriumph in einem bayerischen Bierzelt. Zwei Jahre später zeigte die Unterzeichnung

zweier Jahrhundert-Rüstungsdeals mit Frankreich (FCAS und MGCS), wen sie für verlässlich hielt – und wen nicht.

Die weitverbreitete Erzählung, Merkel sei auf die Vorschläge aus Macrons Sorbonne-Rede nicht eingegangen, verstellt deshalb den Blick darauf, dass es 2019 durchaus eine ernstzunehmende deutsch-französische Dynamik gab, die auch von der neuen Kommissionspräsidentin Von der Leyen aufgegriffen wurde. Wie früher schon hatte die US-Innenpolitik sowohl die deutsch-französische Beziehung als auch die EU-Integration entscheidend beeinflusst.

Gleiches gilt seit November 2020 und dem Wahlsieg Joe Bidens. Anders als häufig unterstellt ist nicht das fehlende Vertrauen zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz und Präsident Emmanuel Macron ursächlich für schleppende Fortschritte der gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik und enttäuschte Erwartungen an eine geopolitische EU. Viel größeren Einfluss hatte vor dem Hintergrund des russischen Angriffs auf die Ukraine die Rückkehr eines transatlantischen US-Präsidenten, die dafür gesorgt hat, dass das Kanzleramt und große Teile der Bundespolitik dankbar in die alten Reflexe und Handlungsmuster des transatlantischen 20. Jahrhunderts zurückfallen – und damit vor die Einsicht von 2019, dass diese im 21. Jahrhundert nicht mehr greifen.

Statt einer souveränen EU zeichnen sich deshalb die Konturen eines NATO-Europas ab, das der ehemalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld 2003 prophezeite. Rumsfeld hatte angesichts der deutsch-französischen Ablehnung der US-Invasion des Iraks vor zwanzig Jahren dem deutsch-französischen, „alten“ Europa, ein neues, transatlantisches gegenübergestellt. 1999 erfolgte die erste Runde der NATO-Osterweiterung, 2004 stand die erste große EU-Osterweiterung an. Und heute wirft die absehbare Mitgliedschaft der Ukraine in beiden Organisationen ihre Schatten voraus. Von einer souveränen, gar autonomen EU, wie sie Macron 2017 in seiner Sorbonne-Rede entwarf, ist gleichzeitig kaum noch die Rede.

Dabei hat sich seit 2019 durchaus etwas getan. Die europäische Friedensfazilität (EFF) hat im Rahmen der Unterstützung des ukrainischen Kampfs um Souveränität gezeigt, dass der Schutz des Friedensprojekts EU manchmal Waffengewalt erfordert. Der europäische Verteidigungsfonds (EDF) soll dafür zukünftig mehr gemeinsame Ressourcen zur Verfügung stellen. Und die

„geopolitische Kommission“ hat 2021 eine Generaldirektion für Verteidigungsindustrie und Weltraum (DG Defis) geschaffen. Und schließlich der „strategische Kompass“, der 2020 unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft begonnen und 2022 von der französischen Ratspräsidentschaft abgeschlossen wurde. Zuletzt fand sogar die erste Großübung unter EU-Kommando statt, MILEX 23.

Trotzdem bleibt Artikel 5 des NATO-Vertrags und nicht Artikel 42.7 des EU-Vertrags der Fixstern der europäischen Sicherheit. Und da die militärische Abschreckung der NATO sowohl konventionell als auch nuklear auf US-Sicherheitsgarantien beruht, ist die Schlussfolgerung logisch, dass die Sicherheit der Ukraine und der EU-Staaten im November 2024 vom US-amerikanischen Wählerinnen- und Wählerwillen abhängt. Vladimir Putin weiß das, und die aktuelle Patt-Situation auf dem Schlachtfeld in der Ukraine spielt ihm in die Karten. Ob die Abhängigkeit von Washington aber der aktuellen Bundesregierung bewusst ist, darf bezweifelt werden. Denn bisher wirkt es nicht so, als sei Berlin auf die Rückkehr Trumps oder tieferliegende Trends in der US-Politik, auf den Isolationismus und den Pivot to Asia, vorbereitet.

Statt einer souveränen EU zeichnen sich deshalb die Konturen eines NATO-Europas ab, das der ehemalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld 2003 prophezeite.

Der Slogan von 2019, als Macron im Europawahlkampf für ein „Europa, das schützt“ warb, ist fünf Jahre später aktueller denn je. Dem französischen Präsidenten und der Bundesregierung bleiben wenige Jahre, um gemeinsam mit der EU-Kommission den Worten Taten folgen zu lassen. Vielleicht müssen Europäerinnen und Europäer dann im November 2028 nicht machtlos zusehen und um ihre Sicherheit fürchten, wenn in Washington gewählt wird.

Jacob Ross, International Security
2018/19 (im Rahmen des deutsch-französischen Parlamentspraktikums), arbeitet derzeit als Research Fellow für französische Außen- & Sicherheitspolitik und deutsch-französische Beziehungen bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin.



中国, WORTWÖRTLICH DAS REICH DER MITTE: FREUND, KONKURRENT, ODER DOCH FEIND?

Why should we de-risk China?

De-risking has recently become an important term in the European Union. The trend started with Ursula von der Leyen's speech on March 30, 2023, in which she stated, 'It is neither viable nor in the interest of the EU to decouple from China; therefore, we should focus on de-risking.' Subsequently, this term was also adopted by many other countries, including France, Germany, and the United States (Cave 2023).

Unlike the more extreme concept of 'decoupling,' 'de-risking' represents a more moderate approach to reducing dependence on China (Gewirtz 2023). 'De-risking' is a somewhat nebulous concept. In this context, we interpret it as an endeavour to reduce the risks stemming from the relationship with China without completely eliminating them.

China is one of the most important trade partners for the EU. In 2021, China was the largest import trade partner of the EU and ranked third in export destinations (destatis 2023). This trend continued in 2022, as the EU had a trade deficit for goods with China of €396 billion (Eurostats 2023). Implementing the de-risking policy will pose a significant challenge and may be accompanied by certain economic disadvantages. Nevertheless, it is of utmost importance to do so promptly.

National security is a pivotal consideration when discussing de-risking policies. One significant concern revolves around the use of Chinese products in various industrial sectors, which may provide opportunities for Chinese espionage activities and potentially inflict costly consequences on the industry. According to a

report by the German Council on Foreign Relations, the German manufacturing industry highly relies on Chinese telecommunication devices. This heavy dependence exposes Germany to potential cyberattacks from China, thereby creating vulnerabilities within Germany's critical industries (DGAP 2023).

The economic vulnerability of European countries stemming from their high dependency on Chinese imported goods is also a significant concern. This becomes particularly evident in the large quantity of raw materials for industrial use that is exported from China to Europe, which could potentially be weaponised by China for political reasons. For instance, during the trade war between the U.S. and China, the Chinese government abruptly announced restrictions on the export of gallium and germanium, which are essential metals in semiconductor production (Georgi 2023).

While EU countries maintain strong economic relations with China, it's essential for them to keep an eye on China's geopolitical issues. If tensions in the Taiwan Strait continue to escalate, the resulting conflict and the corresponding international response could have devastating consequences for the European economy. Beyond the Taiwan issue, China also has long-standing territorial disputes with its neighbouring countries, such as India. These regional conflicts pose a potential economic threat, as China's neighbour might resort to economic measures to address political issues, thereby affecting European investment in Asia (Panagariya 2020).

In conclusion, alongside the reasons mentioned earlier, concerns related to technology protection and the alignment of European values provide further compelling motivations for European countries to consider adopting de-risking policies. While the complexities of the current global landscape present significant challenges in implementing such policies, it is crucial for EU countries to proactively explore strategies for mitigating potential risks. De-risking stands out as a viable solution in this endeavour. Collaboration among EU nations is key to minimizing risks through diversification of trade partners and the establishment of fresh alliances with other nations, all contributing to the realization of de-risking policies. As we look toward the future, these efforts will not only safeguard economic interests but also strengthen Europe's position in an ever-evolving world.

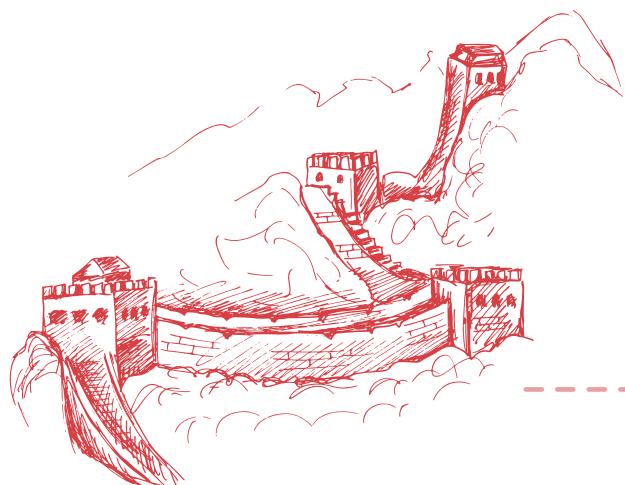
Why should we **not** de-risk China?

„Waren, die Grenzen überqueren, kosten Geld“, so fängt der Artikel der Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema Freihandel an. Und tatsächlich, je weniger Grenzzölle abgebaut werden, desto schwächer ist der Anreiz zum Austausch von Waren und Dienstleistungen, vor allem über Staatsgrenzen hinweg.

Dabei ist Handel oft ein Faktor für wirtschaftliches Wachstum. Über den Tausch von Gütern und Dienstleistungen kann es zu Spezialisierungseffekten und Produktivitätssteigerungen kommen, was den Wohlstand beider Partner, die in den Austausch verwickelt sind, steigen lässt. Dabei sei insbesondere auf die Theorien von David Ricardo verwiesen, der im 18. Jahrhundert absolute und komparative Vorteile beim Tausch theoretisierte, und somit aufzeigte, wie freier Handel den Wohlstand von Nationen mehren kann.

Nun hat der Europäische Rat in seiner Schlussfolgerung am 30. Juni 2023 die Volksrepublik China als einen Konkurrenten und einen systemischen Rivalen bezeichnet; De-risking soll das Mantra der neuen Chinapolitik der Europäischen Union werden. Dazu gehört, dass Abhängigkeiten abgebaut werden, Handel, wenn nötig, stärker eingeschränkt wird und Hürden aufgebaut werden, um europäische Industrien im Vergleich zu chinesischen Wettbewerbern zu stärken. Dies ist aus geopolitischer Sicht völlig verständlich, und es gibt gute Gründe für eine solche Neuorientierung.

Ru-Tung Sun (孫如彤) hat ihren Bachelorstudiengang in International Relations and Affairs an der National Taiwan University absolviert, und ist nun Teil der Promotion 2023 des Doppelmasterstudiengangs Sciences Po/Freie Universität Berlin mit einem Schwerpunkt in International Security.



Doch wirtschaftlich rechnen wird sich der Schwenk vermutlich erst einmal nicht. Denn den Handel einzuschränken, hat Kosten, und dies ist umso mehr der Fall, je stärker man mit dem Handelspartner verbunden ist. Dies ist bei China, der größten Wirtschaftsmacht weltweit und Europas wichtigstem Handelspartner, selbstverständlich nicht unerheblich. Dafür sprechen die Fakten: 2021 wurden zwischen der EU und China Waren im Wert von 696 Milliarden Euro gehandelt (Hannemann, Schröter 2023). In den vergangenen Jahren hat sich der Anteil des Außenhandelsvolumens mit China auf fast 16 % verdreifacht. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum hat der Handel mit den USA abgenommen und beträgt nur noch 15 % (Ibid). Der scheinbar unendliche Absatzmarkt, den die VR China zu Beginn der 1980er/1990er Jahre für deutsche und europäische Unternehmen dargestellt hat, hat sich mittlerweile in eine dynamische und innovative Volkswirtschaft umgewandelt. Von deren oft zweistelligem Wirtschaftswachstum haben insbesondere europäische Unternehmen profitiert. Laut Angaben der deutschen Außenhandelskammer waren 2020 noch rund 5.200 deutsche Unternehmen im Reich der Mitte tätig, was China zum wichtigsten deutschen Bezugsmarkt macht (Viklenko 2022); und damit ist man in Europa kein Einzelfall. Und so sehr man sich heute um die politische Abhängigkeit sorgen mag, unbestritten ist auch, dass der Handel mit China auch seinen Beitrag zum europäischen Wirtschaftswachstum der letzten Jahre beigetragen hat.

Doch auch abseits der ökonomischen Aspekte hat Handel eine Bedeutung, geht es doch dadurch um gegenseitige Abhängigkeit, lässt er Kontakte und Verknüpfungen anwachsen und kann er Konflikte zwischen den miteinander handelnden Staaten immer unwahrscheinlicher machen. Das beste Beispiel hierfür ist die Europäische Union, die, durch die starke Verknüpfung ihrer Mitgliedsstaaten, seit ihrem Zusammenwachsen keine bewaffneten Auseinandersetzungen erleben musste. Den Austausch also einzuschränken, die Verknüpfungen aufzulösen und, im schlimmsten Fall, in einen Protektionismus zurückzufallen, wie wir ihn aus dem 20. Jahrhundert kennen, wäre also wahrscheinlich für China wie für die EU die denkbar schlechteste Alternative.

Dennoch deutet die neue China-Strategie der Bundesregierung in ebenjene Richtung. Selbstverständlich wird in diesem Positionspapier die Wichtigkeit Chinas betont, im nächsten Absatz liest man jedoch, dass man Austausche mit China strenger überwachen und diese in bestimmten Sektoren sogar einschränken wolle (Auswärtiges Amt 2023). Das mag kurzfristig ein Lösungsansatz für die Unregelmäßigkeiten im Handel sein, langfristig begibt man sich aber hiermit, so kann man befürchten, in einen systematischen Wettbewerb mit der größten Wirtschaftsmacht überhaupt. Dieser kann die schon vorhandenen Gegensätze zwischen der EU und China eigentlich nur verschärfen. Ein solcher Ansatz von Protektionismus kann nicht nur den wirtschaftlichen Austausch ausbremsen, sondern auch den Beziehungen zwischen beiden Ländern schaden. Doch gerade diese persönlichen Kontakte zwischen Bürgern beider Länder braucht es, um zwei Länder zur Annäherung zu bringen und das jeweilige Verständnis des Anderen möglichst einfach zu gestalten.

Obwohl Verflechtungen über wirtschaftliche Kontakte hinausgehen, stellen sie dennoch einen nicht zu unterschätzenden Teil der Austausche dar. Diese herunterzufahren ist der erste Schritt in eine Spirale der Konkurrenz und des Wettbewerbs, der über wirtschaftliche Wege ausgetragen wird. Aber wer weiß, wie eine solche Dynamik sich steuern lässt, und ob es in zehn Jahren immer noch nur um Wirtschaftlichkeit geht. Es geht um das „große Ganze“, also um das Narrativ, dessen wir uns in Bezug auf China bedienen wollen, darum, ob wir es ertragen, mit einem Land zusammenzuarbeiten, das selbstbewusst eine ganz andere Vision der internationalen Ordnung vertritt als die, an die wir glauben. Können wir diese Unterschiede aushalten, oder kippen wir in eine Logik der Konfrontation

und des systematischen Misstrauens? Oder sind letztlich die Erträge aus einem friedlichen Zusammenleben und einer gesunden wirtschaftlichen Konkurrenz nicht höher? Vielleicht müssen wir, anstatt uns auf das Wachstum der nächsten 6 Monate zu beschränken, mal den Blick auf unsere Vision für Europa in einer globalisierten Welt in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren richten. Sinnvoll wäre es.



Cédric Bourgeois-Potage studiert im 7. Semester im Doppelbachelorstudien-gang Sciences sociales & Politikwissenschaften zwischen dem Campus Nancy der SciencesPo Paris und der Freien Universität Berlin.

Bibliographie

Amt, Auswärtiges (o. D.): Deutschland gibt sich erstmals eine umfassende China-Strategie, Auswärtiges Amt, [online] <https://www.auswaertiges-amt.de/de/ausserpolitik/asien/china-strategie/2607934>

Cave, Damien (2023): What's de-risking and how does it compare to decoupling, in: The New York Times, 22.05.2023, [online] <https://www.nytimes.com/2023/05/20/world/decoupling-china-de-risking.html>.

China "De-risking" (2023): DGAP, [online] <https://dgap.org/en/research/publications/china-de-risking>.

Eurostats (o.D.): International trade in Goods by partners, Eurostats [online] [International trade in goods by partner - Statistics Explained \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=International_trade_in_goods_by_partner&oldformat=yes).

Gewirtz, Paul (2023): Words and Policies: "De-risking" and China Policy | Brookings (2023): Brookings, [online] <https://www.brookings.edu/articles/words-and-policies-de-risking-and-china-policy/>.

Gotev, Georgi (2023): Companies race to secure supplies after China restricts gallium, Germanium exports, in: www.euractiv.com, 05.07.2023, [online] <https://www.euractiv.com/section/china/news/companies-race-to-secure-supplies-after-china-restricts-gallium-germanium-exports/>.

Hannemann, Jana/Anabel Schröter (2023): EU und China: Diese Grafiken zeigen die Abhängigkeit beim Handel, in: Wirtschaftswoche, 04.06.2023, [online] <https://www.wiwo.de/politik/ausland/china-und-die-eu-diese-grafiken-zeigen-so-abhaengig-ist-europa-beim-handel-mit-china/29080992.html>.

Panagariya, Arvind (2020): On China trade sanctions: India can serve its national security much better by rapidly expanding its economy, in: Times of India Blog, 25.06.2020, [online] <https://timesofindia.indiatimes.com/blogs/toi-edit-page/on-china-trade-sanctions-india-can-serve-its-national-security-much-better-by-rapidly-expanding-its-economy/>.

Trade with China increasingly important - German Federal Statistical Office (o. D.): [online] https://www.destatis.de/Europa/EN/Topic/Foreign-trade/EU_tradingPartner.html.

Viklenko, Katharina (2022): Deutsche Unternehmen haben es in China zunehmend schwer, [online] <https://www.gtae.de/de/trade/china/wirtschaftsumfeld/deutsche-unternehmen-haben-es-in-china-zunehmend-schwer-799828>

ESSAY

TRANSITIONS NUMÉRIQUES

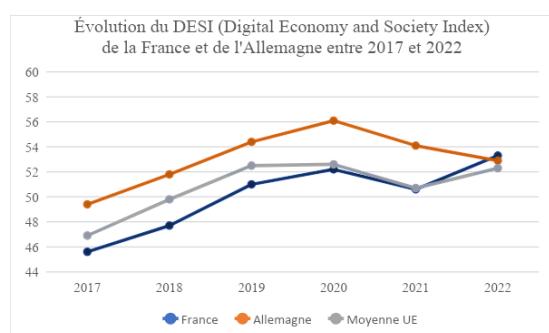
en France et en Allemagne

Posons le contexte

L'Union européenne commence enfin à voir le bout de la crise sanitaire, non sans en avoir tiré nombre de leçons. L'amplification des plans de relance et des projets d'investissement, tant en quantité qu'en niveau d'ambition, montre qu'une grande partie des pays membres a utilisé la crise pour faire le point et poser des bases solides pour les décennies à venir. La numérisation est un exemple de cette prise de conscience, parce qu'elle a énormément pesé dans la poursuite de l'activité économique et sociale d'une grande partie du monde. Dès le début de l'année 2020, celles et ceux qui ont su prendre le tournant de la numérisation se sont distingué.e.s de celles et ceux qui, manquant de compétences, d'outils ou de conditions favorables à la bonne utilisation de ces outils, ont vu leur activité se réduire. Cette affirmation s'applique aussi bien aux entreprises qu'aux États eux-mêmes.

Un sujet paru d'une telle importance devait alors trouver un écho politique, et c'est ce qui s'est passé... Enfin, pas partout. Plus précisément, pas de la même manière partout. La comparaison franco-allemande est particulièrement intéressante ici, puisque les citoyen.ne.s des deux pays ont été appelé.e.s aux urnes pendant la crise, à moins d'un an d'intervalle (élection du Bundestag en 2021, élections présidentielle puis législative en 2022). En Allemagne, la numérisation («Digitalisierung») est l'un des thèmes principaux de la campagne, puisque le mot est apparu dans les bouches et sur les programmes de tous.les candidat.e.s, indépendamment de leurs positionnements politiques. À l'inverse, en France, le sujet est moins abordé qu'en 2017, et les Français.e.s ne le classent pas parmi les enjeux déterminants de l'élection (derrière notamment le pouvoir d'achat, la santé ou l'immigration).

Le traitement politique de la numérisation en France et en Allemagne n'est que l'un des indices qui reflètent les différences affichées par les deux pays dans le domaine. Alors que l'Allemagne avait assumé le statut de leader de l'Industrie 4.0 (la «quatrième révolution industrielle» permise par les outils numériques) dès le début des années 2010, la France affiche à l'heure actuelle de meilleures performances que sa voisine en termes de numérisation de l'économie. Comme souvent dans l'exploration des relations franco-allemandes, nous faisons ici face à un sujet pris sérieusement des deux côtés du Rhin, mais dont le traitement semble différer à plusieurs niveaux et mène aux situations décrites précédemment. Et ces différences, nous allons le voir, s'expliquent de nombreuses manières - notamment par un transfert de politiques publiques en forme de partie de ping-pong.



Source : graphique original, d'après les données du DESI (2017-2022) : <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/desi> (consulté le 20 novembre 2023). Le DESI est un indicateur européen qui mesure le niveau de numérisation de l'économie et de la société de tous les pays de l'Union Européenne depuis 2014, avec un indice sur 100 points depuis 2017.

Première mi-temps : l'Allemagne montre la voie

Hanovre, 2011. Angela Merkel annonce en grande pompe le plan pour la transformation numérique de l'industrie allemande en utilisant pour la



DISCLAIMER: Cette image a été générée par l'intelligence artificielle.

première fois la notion d'Industrie 4.0. Géré par les ministères fédéraux de l'Économie et de l'Éducation, son objectif premier était de pousser la recherche et le développement pour accélérer la numérisation des entreprises, et particulièrement des grandes industries basées en Allemagne. Au-delà d'un objectif de développement, le plan Industrie 4.0 a fixé un niveau d'ambition : impliquer la société dans son ensemble vers la transition numérique. Cela s'est traduit par la création d'une plateforme éponyme permettant aux responsables des industries d'interagir avec le monde de la recherche scientifique et les syndicats. Et c'est ce qui a fait de l'Allemagne un précurseur, puisque les bons résultats économiques du pays se sont accompagnés d'une méthode vraisemblablement efficace.

La France, qui accusait à ce moment-là un certain retard dans la numérisation de son économie, a alors pu trouver outre-Rhin une source d'inspiration politique au sens de «policy». Dès 2013, l'Industrie 4.0 s'est intégrée aux réflexions sur l'avenir des stratégies françaises de numérisation, et en 2015, la Plateforme Industrie du Futur impulsée par le ministère de l'Économie (alors dirigé par un certain Emmanuel Macron) a proposé de mettre en réseau les entreprises, la recherche et les syndicats. Ctrl+C, Ctrl+V ?

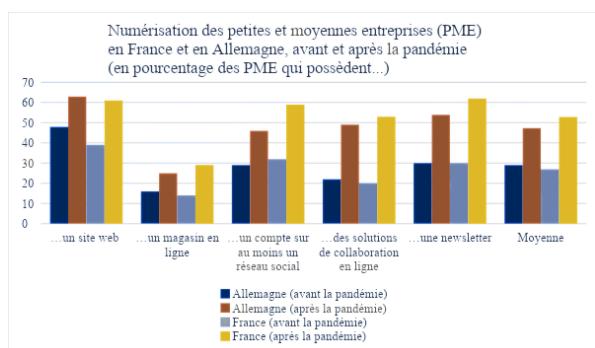
Deuxième mi-temps : la France renvoie l'ascenseur

Considérer cette plateforme comme un copier-coller d'Industrie 4.0 serait toutefois légèrement erroné : la France se désindustrialise depuis la fin des Trente Glorieuses, avec pour résultat un tissu économique peu adapté à la transition numérique de l'économie sur le modèle allemand. En revanche, dans le même temps, la France s'est tertiarisée à un rythme beaucoup plus soutenu, et de nombreuses entreprises de taille plus modeste (TPE/PME) ont vu le jour. C'est donc assez logiquement que la Plateforme Industrie du Futur s'est surtout développée avec ces entreprises,

poussant un peu plus loin la démarche «transversale» allemande pour aller vers une transition «globale». L'accession d'Emmanuel Macron à la présidence de la République en 2017 n'a fait que confirmer cet élan, avec des TPE/PME toujours plus sollicitées par l'exécutif et des subventions amplifiées.

C'est justement autour de la question de la globalité que les gouvernements allemands ont détecté les limites de l'Industrie 4.0. En 2020, alors que les entreprises françaises semblaient mieux endurer la crise sanitaire que leurs homologues outre-Rhin, les PME allemandes payaient cher une transition numérique peu avancée et peu soutenue par les pouvoirs publics. Les réactions de l'Allemagne peuvent être rapprochées avec ce que la France a proposé quelques années plus tôt, puisque la part importante du plan de relance allemand consacrée au numérique (52 %) et les propositions des différents partis politiques en faveur des PME ont, entre autres, servi de signaux positifs pour des entreprises jusqu'alors peu impliquées dans la transition numérique.

La boucle est pour l'instant bouclée : l'Allemagne a lancé la partie avec son ambitieuse Industrie 4.0, et la France lui a renvoyé la balle en ajoutant à cette ambition l'impérative implication des PME.



Source : graphique original, d'après les données de YouGov/IONOS (2021) : <https://www.marketing-boerse.de/news/details/2112-kmu-digitalisierung-in-europa-deutschland-hinkt-hinterher/175873> (consulté le 20 novembre 2023)

L'UE en chef d'orchestre

Une autre explication, complémentaire à la première, de l'évolution des stratégies de numérisation de la France et de l'Allemagne, réside dans l'implication des deux pays dans l'Union Européenne. Celle-ci se décline en deux visions de l'impact de l'UE sur les politiques publiques de ses pays-membres : une tendance très verticale de mise en place d'agendas politiques par les instances européennes, et une autre plus horizontale de renforcement de la communication entre ses différents membres.

En effet, la Commission européenne a fixé dès 2015 des objectifs communs de transition numérique de l'économie à travers le plan Juncker et son Fonds européen pour les investissements stratégiques (EFSI). Parmi eux se retrouvaient notamment le développement des PME et le développement des technologies de l'information et de la communication, deux pans pour lesquels la France a proposé directement une grande partie de projets. L'Allemagne, bien que d'abord focalisée sur les grandes industries, a finalement proposé 27 projets (sur 102 au total, soit plus du quart) en rapport avec les PME. Et cette progression au fil du temps est indissociable des efforts conjoints faits par les deux pays, puisque 10 projets en lien avec les PME et/ou la numérisation ont récemment été déposés conjointement par la France et l'Allemagne dans le cadre du plan Juncker.

À la suite du plan Juncker, la France et l'Allemagne ont à nouveau cherché à cumuler leurs efforts en matière de numérisation, en appelant conjointement à un « grand investissement » sur les infrastructures numériques de l'UE et en soutenant des recherches franco-allemandes sur l'intelligence artificielle en direction des entreprises. Et le plan InvestEU de 2021, qui présente le soutien aux PME dans la transition numérique comme un objectif primordial, s'inscrit également dans la continuité des efforts des pays membres. Il s'agit encore d'un très bon exemple de la manière dont l'UE pousse non seulement à respecter des objectifs communs, mais amène aussi indirectement les pays à coopérer pour les accomplir. Et la France et l'Allemagne sont, il en va sans dire, coutumières du fait...

Quelles perspectives pour les politiques de numérisation ?

La crise sanitaire, comme pour beaucoup de sujets et de secteurs économiques, a agi comme un

révélateur des faiblesses structurelles des pays de l'Union Européenne en matière de numérisation de l'économie. Ce qui a surtout différencié l'Allemagne et la France, ce sont les ambitions de départ de leurs politiques publiques : la première souhaitait préserver son statut de puissance industrielle à travers le plan Industrie 4.0 et la deuxième voulait rattraper son retard tout en prenant en compte le rôle clé des PME. Et de chaque côté du Rhin, on retrouve un petit peu de la politique du voisin, surtout aux endroits où des limites ont été détectées puis dépassées - tout cela sur fond d'intégration aux politiques de l'UE, mettant à disposition un cadre favorable à la coordination et à la coopération.

Compte tenu de ces expériences positives, c'est probablement dans ce cœur franco-allemand et européen que va se jouer le futur des politiques de numérisation ; cela implique toutefois de voir au-delà des questions économiques. Le développement des outils numériques est aussi un enjeu de société, qui affecte de près ou de loin l'immense majorité de la population des pays européens. Or, force est de constater que le nombre de personnes éloignées des outils numériques (que ce soit au niveau des équipements, de l'accès à Internet ou même des compétences) reste considérable, et que la crise sanitaire a même creusé ces écarts. À titre d'exemple, le nombre de personnes «éloignées du numérique» en France est passé de 13 millions en 2017 à 16 millions en 2023 (soit de 20% à 23% de la population). Ainsi, d'autres axes d'évolution comme les politiques de numérique inclusif (ayant pour objectif de permettre aux individus d'utiliser les outils numériques en autonomie) voire de médiation numérique (permettre aux individus d'adopter un regard critique sur leurs usages numériques) semblent complémentaires à la numérisation du tissu économique. Les objectifs fixés par l'Union Européenne dans cette direction, notamment dans le cadre de la Décennie Numérique jusqu'à 2030, sont ainsi particulièrement encourageants.

Silas Delahaye est étudiant dans le double-Bachelor Sciences Po Paris / FU Berlin. Il aime l'Europe, le poulet et l'orthographe.



ESSAY

TIKTOK, EINE GEFAHR FÜR UNSERE DEMOKRATIE?

In Belgien, Deutschland, Österreich, Griechenland und Malta werden 2024 auch Jugendliche im Alter von 16 oder 17 Jahren bei den Europawahlen an die Urnen gehen dürfen. Allein in Deutschland sind nach der gesetzlichen Senkung des Wahlalters bei den Europawahlen auf 16 Jahre durch den Bundestag im vergangenen Jahr etwa 1,4 Millionen Jugendliche zusätzlich zur Stimmabgabe berechtigt: Eine große Chance!

Zugleich zeigen sich anlässlich der jüngsten Landtagswahlen in Bayern und Hessen die starken Divergenzen der gesellschaftlichen Ansichten innerhalb der jungen Generation. 16 % der Erstwähler:innen in Bayern und 15 % in Hessen stimmten für die AfD. Die Grünen, die bei den letzten Landtagswahlen bei den unter 25-Jährigen noch rund 25 % in beiden Bundesländern erreichten, erlebten einen dramatischen Absturz. Die Ergebnisse spiegeln die vielfältigen Gefühle der Jugend wider, darunter Frust, Unsicherheit und Misstrauen. Immer mehr junge Menschen zweifeln an der Effektivität und Legitimität traditioneller Parteien und den politischen Entscheidungsprozessen in den Parlamenten.

Welchen Einfluss soziale Medien auf die Politisierung von Jugendlichen haben, zeigt sich am Beispiel von TikTok. In der öffentlichen Wahrnehmung wird TikTok mit banalen Tanzvideos und einfallslosen Challenges verbunden. Dieser Anschein trägt. Spätestens seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine sind Desinformation und Propaganda auf TikTok keine neuen Phänomene mehr. Gleches gilt für den Terrorangriff der radikalislamischen Hamas und die darauf folgende Flut anti-israelischer und pro-palästinensischer Inhalte. Ungefiltert werden Krieg, Hass, Gewalt und Propaganda in Wohn- und Kinderzimmer verbreitet. Einmal in die Welt gesetzt, prägen sich die Inhalte der Videos schnell ein und lassen sich umso schwieriger widerlegen.

Gerade Jugendliche - viele verbringen mehrere Stunden am Tag auf der Plattform - sind besonders gefährdet. Zwischen Fakten und Fakes ist in den knappen Videoclips nur schwer zu differenzieren. Oftmals werden Absender und deren Authentizität nicht hinterfragt. Dabei schlägt die sogenannte For-You-Page den Usern algorithmisch Inhalte vor, die sie interessieren könnten. So können selbst Accounts mit wenigen Abonnierenden enorme Abrufzahlen generieren und schnell viral gehen, selbst wenn diesen nicht gefolgt wird. Viel Emotion, wenig Inhalt ist dabei das Erfolgsrezept. Ein idealer Nährboden für Radikalisierung. Provokante und explizite Video-botschaften gedeihen hier am besten.

Die Gefahr dieser Inhalte wird durch das wachsende Misstrauen der jungen Generation gegenüber etablierten Medien verstärkt. Rund ein Drittel der 14- bis 24-Jährigen wird von den Angeboten etablierter Nachrichtenmedien nicht erreicht. Dies liegt daran, dass viele Jugendliche glauben, ihre eigene Meinung würde negativ beeinflusst, ergab eine Studie des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften (Wunderlich & Hölig 2023). Journalistische Berichterstattung sei einseitig, befangen und irreführend: Durch bewusstes Weglassen einzelner Tatsachen, Meinungen und Ereignisse entstehe in klassischen Medien ein unstimmiges Gesamtbild, berichten die Befragten der Studie.

Stattdessen nehmen junge Erwachsene Informationen „beiläufig, passiv und fast ausschließlich über soziale Medien auf“, heißt es weiter in der Studie. TikTok wird dabei als „realer“ wahrgenommen, da es eine breitere Vielfalt an Themen und Perspektiven bietet, auf deren Basis sich Jugendliche ihre eigene Meinung bilden können. Angesichts des zunehmenden Radikalisierungsrisikos unter Jugendlichen ist die Allgegenwärtigkeit der Plattform in ihrem Alltag besonders



DISCLAIMER: Dieses Bild wurde durch künstliche Intelligenz generiert.

besorgniserregend. Selbst an Hochschulen und Universitäten lässt sich in diesen Tagen ein gewaltiger Anstieg von Antisemitismus und israelfeindlichen Stimmungen beobachten.

Die Hamas und Russland wissen TikTok als Sprachrohr zu gebrauchen, um systematisch Desinformation und Propaganda zu verbreiten, Unsicherheit zu säen und das Vertrauen der Gesellschaft in etablierte Medien und Strukturen zu erschüttern. Damit wird TikTok zu einer digitalen geopolitischen Waffe. Nicht weniger beunruhigend sind die Vorwürfe des Datenmissbrauchs, der Überwachung und Spionage durch die Kommunistische Partei Chinas sowie der Zensur und Unterdrückung von Minderheiten durch das Empfehlungssystem von TikTok.

Mit dem Digital Services Act (DSA) hat die EU nun ein regulatorisches Werkzeug entwickelt, mit dem sie gegen Desinformation und Hatespeech im Netz vorgehen will. Bei dem DSA handelt es sich um eine Art Grundgesetz für das Internet. Dieser regelt die Nutzung digitaler Daten, reguliert erstmals Online-Plattformen und will Nutzer:innen zu mehr Selbstbestimmung verhelfen. Seit dem 25. August 2023 gilt die Verordnung EU-weit bereits für sogenannte „sehr große Online-Plattformen“, die mehr als 45 Millionen monatliche Nutzer:innen in der EU haben, darunter auch TikTok.

Sehr große Online-Plattformen unterliegen besonderen Sorgfaltspflichten und der Pflicht zur

Berücksichtigung der Grundrechte: Die Privatsphäre und Sicherheit, gerade von minderjährigen Nutzer:innen, sowie deren geistiges und körperliches Wohlbefinden müssen in besonderem Maße geschützt werden. So schreibt das europäische Datengesetz die Kennzeichnung von Deepfakes vor, ermöglicht die Deaktivierung von Empfehlungssystemen und verbietet Werbung auf Grundlage sensibler Daten.

Im Zusammenhang mit dem Terrorangriff der Hamas mahnte der Binnenmarktkommissar Thierry Breton in veröffentlichten Briefen mehrere Online-Plattformen ab und appellierte an die Einhaltung der Regeln des DSA. Auch TikTok wurde aufgerufen, seinen Verpflichtungen nachzukommen und Informationen über die Maßnahmen vorzulegen, die es im Kampf gegen die Verbreitung von Desinformation ergriffen hat. Sollte die wachsende Zahl illegaler Inhalte nicht wirksam eingedämmt werden, drohen hohe Geldstrafen von bis zu 6 % des weltweiten Umsatzes. Als ultima ratio kann selbst die vorübergehende Zugangsbeschränkung der Plattform verfügt werden.

Damit mischt sich erstmals auch die EU in die Verbotsdebatte ein. Schon Donald Trump wollte die chinesische Videoplattform in Amerika verbieten. Nun ist in Montana als erster US-Bundesstaat ein Verbot gegen TikTok ergangen. Auch in Indien ist die App seit 2020 aus Sorge um die nationale Sicherheit und die öffentliche

Ordnung gesperrt. Inwieweit ein Verbot aufgrund der hohen Eingriffsintensität sowohl für die Plattform als auch für die Nutzer:innen und der damit verbundenen Grundrechtsrelevanz rechtlich durchsetzbar ist, bleibt umstritten. Es geht um nicht weniger als um die Kollision verschiedener Grundrechte: die unternehmerische Freiheit der Plattformen sowie die Informations- und Meinungsfreiheit der Nutzer:innen auf der einen Seite und Persönlichkeits- und Verbraucherrechte sowie datenschutzrechtliche Vorgaben auf der anderen Seite.

Insbesondere Wahlen sind Hochzeiten für die Verbreitung von Desinformation und Hassrede im Netz. Die EU-Verordnung hat deshalb zum Ziel, die Integrität der Wahlen zu schützen und die Einflussnahme mittels Online-Plattformen zu verringern. Seine erste Erprobung hatte der DSA bei den Wahlen in der Slowakei, in Polen und in Luxemburg. Die Ergebnisse aus den Wahlen seien enttäuschend, berichtet die Kommission. Die Vorschriften des DSA konnten an vielen Stellen noch nicht durchgesetzt werden, da die notwendige gesetzliche Grundlage fehlte. So wurden die Wahlen in der Slowakei von einer Welle von Desinformationen und Verschwörungstheorien erfasst. Verschiedene Parteien versuchten, durch breit angelegte Kampagnen in den sozialen Netzwerken – unter anderem durch AI-produzierte Videoclips – die Bevölkerung zu manipulieren. Darunter mischten sich bunt Pro-Kreml-Narrative und Kriegspropaganda.

Bis Mitte Februar 2024 soll die Verordnung pünktlich zu den EU-Wahlen vollständig in allen Mitgliedstaaten anwendbar sein. Dabei übernehmen die Mitgliedstaaten, die maßgeblich für den Vollzug zuständig sein werden, die wichtige Rolle der Aufsicht. Eine unabhängige Koordinierungsstelle soll die Online-Plattformen überwachen und Beschwerden von Nutzer:innen entgegennehmen. Ausgerechnet die deutsche Regierung ist bei der Zuständigkeitsfrage zerstritten und gefährdet mithin die fristgerechte Umsetzung. Auch in einigen osteuropäischen Mitgliedsstaaten droht sich die Umsetzung zu verzögern. Doch um sicherzustellen, dass soziale Medien bei den nächsten Europawahlen im Jahr 2024 die Demokratie fördern, müssen die Mitgliedstaaten jetzt handeln und die Koordinierungsstellen mit ausreichenden Ressourcen ausstatten.

Julian Goodarzi studierte Rechtswissenschaften am Centre Juridique Franco-Allemand in Saarbrücken und an der Université de Lorraine. Derzeit bereitet er sich auf sein erstes Staatsexamen vor.

Bibliographie

Wunderlich, Leonie und Sascha Hölig. 2023. „Verständlicher, nicht so politisch - Einblicke in die Bedürfnisse und Nutzungspraktiken gering informationsorientierter junger Menschen“. Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts, 69. Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut.



DISCLAIMER: Dieses Bild wurde durch künstliche Intelligenz generiert.

ESSAY

EMBARQUEMENT IMMÉDIAT...

à bord des trains de nuit européens !

Que vous soyez étudiant à l'étranger, grand voyageur ou bien simplement quelqu'un qui aime vivre de nouvelles expériences, vous n'avez pas pu passer à côté de l'ouverture de nombreuses lignes de trains de nuit dans l'Union Européenne (UE) ces dernières années. L'UE essaye en effet de développer une mobilité plus douce et les liaisons ferroviaires nocturnes semblent être un bon moyen de relier les grandes villes européennes. La dernière en date : la réouverture de la ligne Paris-Berlin qui est en service depuis le 11 décembre 2023. Embarquez pour un petit tour d'ensemble des trains de nuit en Europe!

Les trains de nuits ne sont pas une nouveauté en Europe

Si l'on présente souvent ces trains de nuit comme une véritable innovation dans l'UE, ceux-ci existaient en réalité il y a plusieurs années. En effet, les grandes villes européennes ont longtemps été reliées par des liaisons ferroviaires nocturnes. Elles ont par la suite été remplacées par les offres des compagnies aériennes, souvent plus abordables que les billets de train. Cependant, les répercussions négatives des avions sur l'environnement dans un contexte d'intérêt croissant pour les enjeux climatiques ont incité les pays européens à revenir à une mobilité plus douce. Le train est un moyen de transport populaire auprès des Européens puisque les réseaux ferroviaires des États membres ont été empruntés par 8 milliards de voyageurs en 2019 (Neirinck-Fauvelle 2023). En 2020, la Commission européenne lance sa « stratégie pour une mobilité durable et intelligente »(Conseil de l'Union Européenne 2021) dans laquelle elle prévoit notamment le doublement du trafic des trains à grande vitesse dans l'UE d'ici 2030. Cette stratégie doit permettre la réalisation du pacte vert pour l'Europe qui prévoit d'atteindre la neutralité climatique d'ici 2050.

Voyager la nuit, c'est possible (presque) partout en Europe

Si des lignes de train de nuit existaient déjà comme le Bruxelles-Vienne, le Paris-Vienne ou le Belgrade-Thessalonique, de nombreuses liaisons ont vu le jour depuis 2022, s'inscrivant ainsi dans la stratégie de la Commission européenne en matière de mobilité. Depuis 2022, il est possible de rejoindre Zurich depuis Prague en train de nuit, en passant par l'Allemagne ainsi que d'aller de Hamburg à Stockholm et de Stuttgart à Venise. 2023 est également une année à succès pour les liaisons ferroviaires nocturnes avec l'ouverture du Amsterdam-Prague en avril et le Bruxelles-Berlin en mai. Mais ces nouvelles modalités de transport sont soumises à certaines difficultés. Il est en effet parfois difficile de coordonner ces projets à l'échelle européenne en raison des différences des systèmes ferroviaires des États membres et de la saturation des gares. Les compagnies qui développent ces offres doivent également répondre à une demande très diverse allant de l'étudiant sans trop de moyens au voyageur plus adepte de luxe et de confort.

Des projets en développement constant

La nouvelle liaison Paris-Berlin qui a rouvert le 11 décembre 2023, après 9 ans d'interruption, fait partie des projets parmi les plus attendus permettant de relier deux capitales phares de l'Europe. 3 fois par semaine et en moins de 14 heures, il est possible d'aller d'une ville à l'autre avec des billets à partir de 29,90 euros pour les réservations de places assises. Le train s'arrête à Strasbourg, Francfort-sur-le-Main, Erfurt et Halle. Depuis décembre 2023 également, le train de nuit reliant Bruxelles à Vienne circule tous les jours contre 3 fois par semaine avant. La start-up Midnight Train prévoit également douze liaisons entre Paris et des villes européennes d'ici 2030.

Dès 2024, on devrait pouvoir emprunter un Paris-Venise, un Paris-Barcelone, un Paris-Madrid, un Paris-Rome ainsi qu'un Paris-Porto. D'ici décembre 2024, une liaison de nuit entre Zurich et Barcelone devrait également se développer.

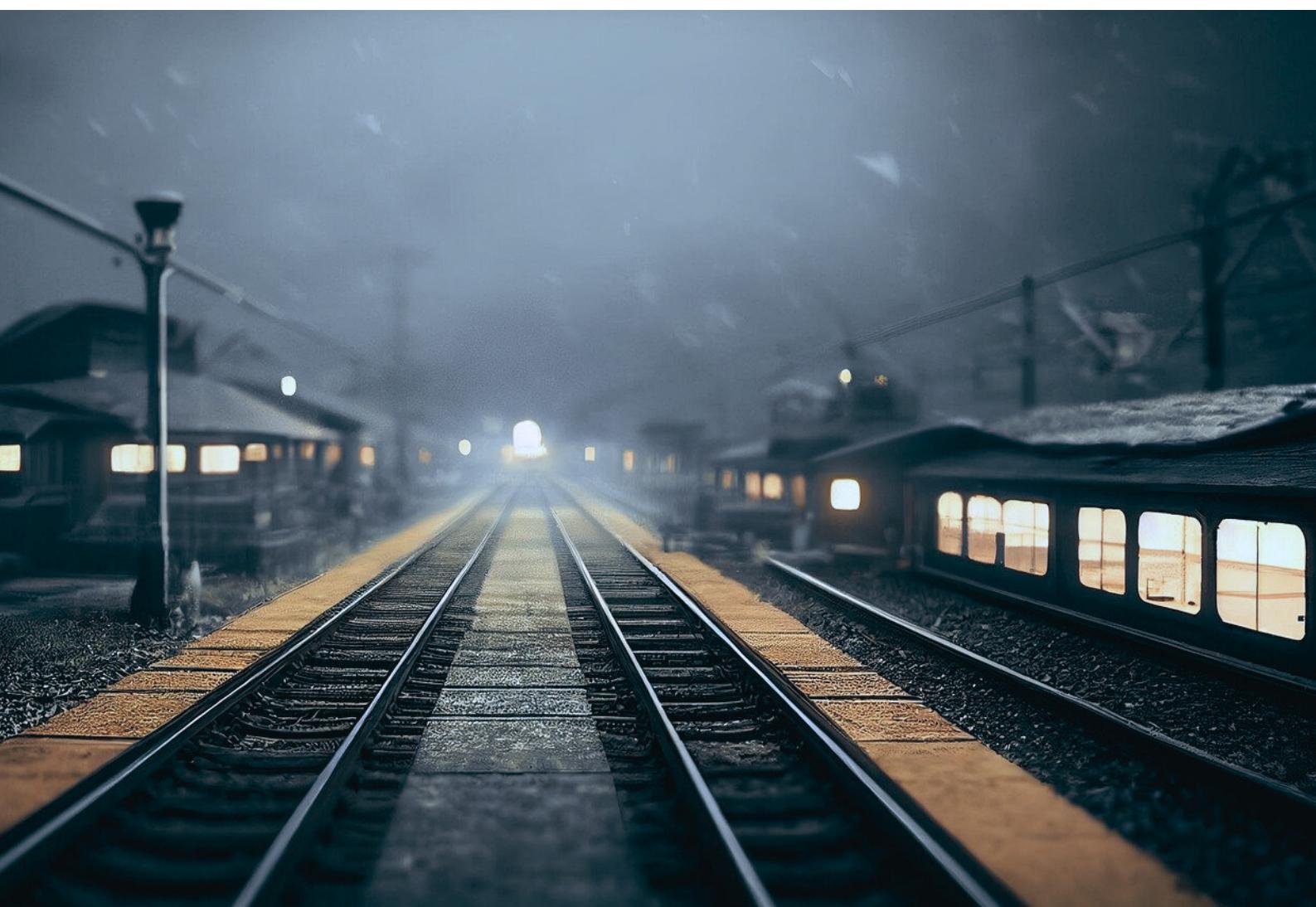
Ces projets de train de nuit ont non seulement un intérêt environnemental mais permettent aussi d'augmenter la coopération entre États membres en travaillant sur des projets en commun et en facilitant la mobilité en Europe. Le réseau ferroviaire européen est amené à se développer considérablement dans les prochaines années afin de proposer une alternative plus écologique aux trajets aériens, encore préconisés par un grand nombre de voyageurs.

Suzie Holt studiert im Doppelbachelor-Studiengang zwischen dem Campus Nancy der SciencesPo Paris und der Freie Universität Berlin und absolviert gerade das dritte Jahr in Berlin.

Bibliographie

Neirinck-Fauvelle, Valentine (2023): [CARTE] Trains de nuit en Europe : l'élan vers le voyage durable, in: Toutleurope.eu, 09.06.2023, [online] <https://www.toutleurope.eu/environnement/carte-trains-de-nuit-en-europe-l-el-an-vers-le-voyage-durable/>.

Conseil de l'Union Européenne, (2023) Stratégie de mobilité durable et intelligente - le Conseil adopte des conclusions, in: Conseil de l'Union Européenne, 03/06/2021, [online] Stratégie de mobilité durable et intelligente - le Conseil adopte des conclusions - Consilium (europa.eu)





FEATURED VOICES

INTERVIEW

STUDENT VOICES



Könntest du dich kurz vorstellen?

Ich heiße Leonie Back, bin 22 Jahre alt, komme ursprünglich aus Dortmund und studiere aktuell im 7. Semester im Doppelbachelor zwischen der FU Berlin und Sciences Po Paris.

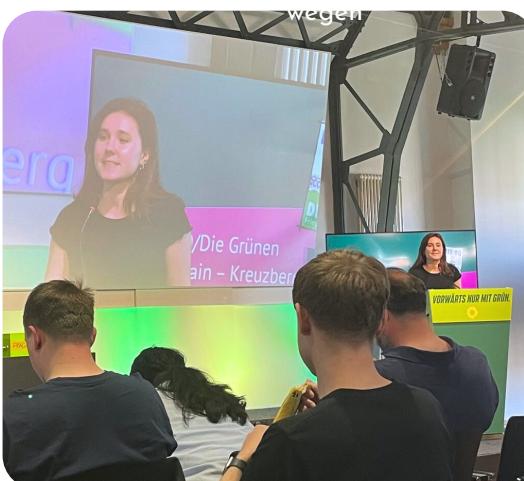
Warum hast du dich dafür entschieden, den Doppelbachelor zwischen der Freien Universität Berlin und der Sciences Po Paris zu verfolgen?

Ich war schon früh an Frankreich und der französischen Sprache interessiert und habe mich deswegen auch schon früh entschieden, das AbiBac zu absolvieren. Dort wurde uns dann in der Oberstufe die deutsch-französische Hochschule vorgestellt. Ich fand solche deutsch-französischen Programme aufgrund der unterschiedlichen Perspektiven und auch der verschiedenen Sprachen sehr spannend und habe gezielt nach Studiengängen im Bereich Politikwissenschaften oder Geschichte gesucht. Für den Studiengang zwischen Sciences Po Paris und der FU Berlin habe ich mich dann entschieden, weil ich zum einen daran interessiert war, an einer renommierten Hochschule wie der Sciences Po zu studieren und es gleichzeitig erstrebenswert fand, mein Studium in einer Stadt „à taille humaine“ wie Nancy zu beginnen, und weil ich zum anderen den Aufenthalt in Berlin als politisches Zentrum Deutschlands mit seinen vielen Möglichkeiten für Praktika und Jobs geschätzt habe.

Wie kam es dazu, dass du dich politisch bei den Grünen engagiert hast? Hatte dich Politik schon von klein auf interessiert?

Zuerst einmal ist es wichtig zu wissen, dass ich zwar auch Mitglied der Partei Bündnis 90/Die Grünen bin und dort auch oft an Veranstaltungen teilnehme, sich mein politisches Engagement jedoch hauptsächlich bei der Grünen Jugend, also

der Jugendorganisation der Grünen Partei, abspielt, die aber häufig unterschiedliche und in vielen Punkten linkere Positionen als die „Mutterpartei“ hat. Ich war schon immer sehr an Politik interessiert und bin der Grünen Jugend auch schon in der 10. Klasse beigetreten, hatte mich zu dem Zeitpunkt aber noch nicht dort engagiert, sondern war eher ein stilles Mitglied. 2021 trat ich dann auch den Grünen bei. Bei der Grünen Jugend engagiere ich mich erst seit meinem Umzug nach Berlin, da ich nach zwei Jahren in Frankreich Lust hatte, mich nun auch verstärkt in Deutschland politisch einzubringen. Die Treffen der Grünen Jugend in meinem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg haben mir sofort gut gefallen - sowohl wegen der Themen als auch wegen der netten, interessanten Leute - und so habe ich mich entschieden, mich hier dauerhaft zu engagieren.



Wie äußert sich dein politisches Engagement in der Praxis?

Inzwischen bin ich Mitglied im Vorstand der Grünen Jugend Friedrichshain-Kreuzberg, wo ich die wöchentlichen Treffen mitschließen, Themen setzen, Aktionen überlegen, Referent:innen einladen, versuche neue Mitglieder zu gewinnen und so weiter. Das macht mir großen Spaß, da bei uns Menschen von 14 bis 28 aktiv sind und ich schon immer gerne Jugendarbeit gemacht habe. Themen, mit denen wir uns beschäftigen, beziehen sich häufig auf den Bezirk, beispielsweise auf Bauvorhaben wie die Umgestaltung des RAW-Geländes in Friedrichshain, aber wir befassen uns auch mit bundespolitischen Themen (beispielsweise momentan viel mit der Migrationsdebatte, der AfD oder der Wohnungsnot) oder internationalen Themen, wie aktuell dem Krieg in Nahost. Neben diesen wöchentlichen Treffen bin ich auch bei Bündnis 90/Die Grünen aktiv und wir von der Grünen Jugend versuchen zum Beispiel Anträge zu aktuellen Themen, wie aktuell dem Europawahl-



programm der Grünen, zu schreiben, um hier unsere Meinung stark zu machen. Ich bin zum Beispiel auch Delegierte für die Landesparteitage der Grünen in Berlin. Außerdem nehme ich an Aktionen auf Landesebene oder sogar Bundesebene teil, im Oktober war ich beispielsweise beim Bundeskongress der Grünen Jugend in Leipzig.

Siehst du dich langfristig bei den Grünen? Kannst du dir vorstellen, dort eine politische Karriere zu verfolgen?

Ich weiß nicht, was die Zukunft bringt, aber generell kann ich mir nicht vorstellen, eine größere politische Karriere bei den Grünen anzustreben. Ich würde gerne in der Entwicklungszusammenarbeit tätig werden und sehe mich dort eher in einer NGO, einer Entwicklungsorganisation oder einem Ministerium. Allerdings denke ich schon, dass ich den Grünen politisch treu bleiben werde (abhängig von ihrer zukünftigen Entwicklung) und könnte mir auch vorstellen, neben dem Berufsleben ehrenamtlich im Stadtteil aktiv zu bleiben.

Realo oder Fundi?

Definitiv Fundi oder, wie man auch häufig sagt, linker Flügel.

Die neuen Bundessprecherinnen Katharina Stolla und Svenja Appuhn haben auf dem 57. Bundeskongress der Grünen Jugend die Migrationspolitik der Ampelkoalition scharf kritisiert. Siehst du es als angemessen an, dass ein Jugendverband wie die Grüne Jugend Meinungsstreitigkeiten mit der Mutterpartei öffentlich zur Sprache bringt?

Ja, ich fand es sehr gut, was die beiden gesagt haben, und war sogar vor Ort dabei. Ich finde es nicht nur angemessen, sondern sehe es sogar als die Pflicht einer Parteijugend an, die eigene Partei kritisch zu begleiten und auch als Korrektiv von innen einzuwirken. Außerdem sind wir formal

unabhängig und haben unsere eigenen Strukturen. Wir sind also keine Kaderschmiede, sondern wollen unsere eigenen Positionen abseits der Mutterpartei stärken, die häufig deutlich kapitalismuskritischer und radikaler sind als die der Grünen Partei, besonders bei Themen wie Soziales und Migration. Die Grüne Jugend distanziert sich besonders aufgrund der Migrationspolitik momentan sehr deutlich von der Mutterpartei, was ich richtig finde.

Erfüllt die deutsch-französische Partnerschaft deiner Meinung nach derzeit ihre Verpflichtungen in Bezug auf Klimapolitik?

Von der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bereich Klimapolitik bekomme ich in letzter Zeit nur wenig mit, sondern mir scheint eher deutlich zu sein, was die beiden Länder in dieser Frage spaltet: Während in Deutschland lange um den Kohleausstieg gerungen wurde, war der Atomausstieg zuletzt hierzulande ziemlich Konsens. In Frankreich wird die Kohleverstromung schon 2027 Geschichte sein, zwei Drittel des französischen Stroms werden aber nuklear produziert. Nach dem etwas misslungenen Heizungsgesetz hier in Deutschland, was viele Menschen als Gängelung und schlecht kommuniziert erlebt haben, hat sich Macron wohl bei der Vorstellung seines im September vorgestellten Masterplans Klima ein Beispiel genommen, wie man es nicht machen sollte: Er setzt auf möglichst wenig Einschränkungen, ein Verbot von Gasheizungen soll laut Macron auf keinen Fall kommen. Es gibt aber auch positive gegenseitige Beeinflussungen und so möchte Frankreich wohl so etwas Ähnliches wie das deutsche 49-Euro-Ticket einführen. Insgesamt muss aber gesagt werden, dass beide Länder ambitionierter versuchen sollten, ihre Klimaziele zu erfüllen und außerdem im Bereich des Klimaschutzes und der Energiewende enger zusammenarbeiten sollten, um als gutes Beispiel in Europa voranzugehen.





Die AfD erlebt einen Aufschwung, sei es in den Umfragen oder bei den letzten Landtagswahlen. Besonders beängstigend ist, dass auch der Zuspruch für diese Partei bei jungen Wähler:innen gestiegen ist. Wie erklärst du dir diese Entwicklung? Welche Maßnahmen würdest du empfehlen, um dem entgegenzuwirken?

Das empfinde ich auch als sehr beängstigend und bedauerlich. Ich glaube, dass die ständigen Krisen der letzten Jahre, wie die Coronapandemie, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit verbundene Energie- und Inflationskrise oder auch die Klimakrise viele Menschen sehr überfordert haben und sie sich von der Politik nicht ausreichend begleitet gefühlt haben. Viele haben das Gefühl, die Kontrolle zu verlieren und haben Angst, selbst schlechter dazustehen. Da die AfD vermeintlich einfache Lösungen anbietet, nach dem Motto: „Wären die ganzen Flüchtlinge nicht da, dann ginge es uns allen viel besser“, fühlen sich viele Menschen von der AfD mit ihren Sorgen ernst genommen. Ich denke, obwohl es auch leider viele Menschen in Deutschland gibt, die fremdenfeindlich und rassistisch sind, es auch eine große Anzahl gibt, wie beispielsweise Wechselwähler oder Nichtwähler, die man mit guter Sozialpolitik mitnehmen könnte. Die AfD bietet nämlich keine sozialen Lösungen und hat wirtschaftspolitisch kein kohärentes Programm. Mit richtiger Umverteilung, Lösungen für die Wohnungsnot, einer Erhöhung des Mindestlohns, Verbesserung kleiner Renten und auch Entlastungen wie dem Klimageld wäre bestimmt schon viel getan und rechtspopulistische Parteien ein Stück weit entzaubert. Aber natürlich reicht das wahrscheinlich leider nicht aus, sondern die Politik muss auch Lösungen finden, der Flut von Fake News und der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Dafür muss es mehr politische Bildung geben, aber die Politiker:innen, insbesondere von links, müssen auch schaffen, besser zu kommunizieren und die Menschen abzuholen.

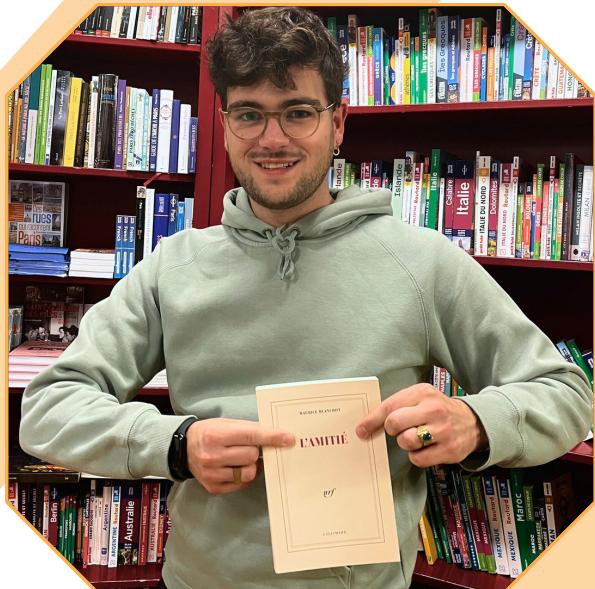


FOTO-INTERVIEW

LUIS KRINGS

Luis Krings ist Teil der Promo 2019 der SciencesPo Paris am Campus Nancy und studiert mittlerweile im Doppelmasterstudiengang zwischen der SciencesPo und der FU Berlin. Im Moment arbeitet er als Studentische Hilfskraft am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften der FU Berlin am Lehrstuhl Vergleichende Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Deutschland und Frankreich.

Was bedeutet die deutsch-französische Partnerschaft für dich?



Dein Lieblingsort auf dem Campus?



Womit verbringst du am liebsten deine Freizeit?



Gibt es etwas, von dem du dir wünschst, dass es wieder in Mode kommt?



Was magst du am meisten am Studieren/Student:innenleben?



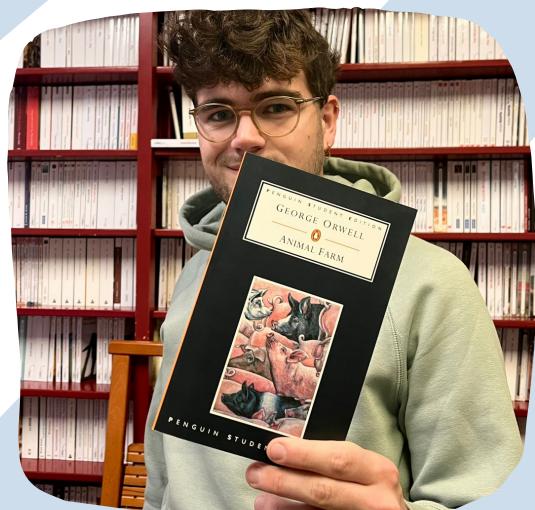
Was war dein Traumberuf in deiner Kindheit?



Was ist deine Lieblingsaktivität am Wochenende?



Welches Buch sollte jeder einmal gelesen haben?



Wie fühlst du dich, wenn du die täglichen Nachrichten verfolgst?



INTERVIEW

CAREER INSIGHTS

Au sein du consulat général d'Allemagne à Bordeaux

Comment as-tu postulé pour ce stage et quel a été le processus de sélection ?

Pour postuler à un stage au sein d'une des "Auslandsvertretungen" allemandes, j'ai utilisé la plateforme dédiée à cela, distincte de celle pour les stages au siège central du ministère des Affaires étrangères. La procédure de candidature inclut la rédaction d'une lettre de motivation, le téléchargement des documents requis, la soumission de formulaires, mais surtout la sélection d'un maximum de neuf destinations de stage sans pouvoir les classer par ordre de préférence. Dans mon cas, j'ai choisi des destinations plus ou moins similaires, en l'occurrence des destinations en France ou dans des pays francophones, puisque la lettre de motivation était unique pour les neuf choix possibles.

Les candidatures sont ensuite éva-



luées par les missions diplomatiques auxquelles les candidates et candidats postulent. C'est à elles de proposer aux stagiaires de rejoindre leur équipe. La décision finale revient au stagiaire, qui peut choisir d'accepter immédiatement l'offre ou d'attendre des propositions d'autres missions consulaires. Pour ma part, j'ai soumis ma candidature environ un an avant la date de début du stage, et j'ai accepté l'offre reçue environ six mois avant le début effectif de mon stage.

Pourquoi as-tu choisi ce stage plutôt qu'un autre ? Qu'est-ce qui t'a motivé à postuler ici ?

Intéressée par les relations internationales, j'avais le désir de découvrir la vie quotidienne au sein d'une telle institution et de découvrir un environnement qui m'était jusqu'alors inconnu. Du

fait de ma nationalité allemande, j'ai préféré postuler à un stage dans une institution allemande plutôt que française, car en France, les offres de stage et les procédures de candidature se font plus tard, ce qui complique l'aspect organisationnel. De plus, j'ai principalement sélectionné des destinations en France. Cela s'explique par mon fort attachement aux relations franco-allemandes, mon souhait de comprendre les mesures prises par les institutions pour les renforcer, et mes capacités linguistiques.

Sur quels projets ou thèmes as-tu travaillé et comment cela s'intègre-t-il dans ton parcours académique ?

Puisque le Consulat général de Bordeaux est plutôt petit, j'ai eu la chance de travailler dans toutes les différentes sections qui le composent.

Mon bureau étant partagé avec les sections culture, relations publiques et économie, j'ai principalement œuvré dans ces domaines. Je me suis, entre autres, impliquée dans l'organisation d'événements culturels, j'ai actualisé des listes liées aux institutions allemandes dans la région, ou encore partagé des informations de la presse locale ayant un lien avec l'Allemagne.

De plus, j'ai eu l'opportunité de suivre les opérations de la section juridique et consulaire, qui s'occupait des questions administratives comme la préparation de passeports et de cartes d'identité, mais également de situations d'urgence impliquant des citoyens allemands. Enfin, j'ai eu l'occasion de prendre en charge certaines tâches pour l'antichambre de la Consule générale et d'accompagner cette dernière lors de sorties.

Quels conseils donnerais-tu aux étudiants qui souhaitent postuler à des stages au ministère des Affaires étrangères allemand ?

Il est vraiment judicieux de s'y prendre à l'avance pour postuler à ce genre de stages, idéalement six mois avant le début prévu. Mettre en avant vos compétences linguistiques est un atout majeur, et la patience est de mise pendant les longs mois d'attente pour obtenir une réponse... Enfin, si vous êtes admis à un tel stage, les bourses du DAAD sont très intéressantes.

Leandra Vièl studiert im deutsch-französischen Doppelbachelorstudiengang zwischen dem Campus Nancy der Sciences Po Paris und der Freien Universität Berlin und absolviert im Moment das erste Jahr an der FU in Berlin.



DISCLAIMER: Cette image a été générée par l'intelligence artificielle.

Working at a German Embassy



How did you apply for this internship and what was the selection process?

The general application procedure is straightforward. It requires filling out either one or both application forms for the representations abroad ("Auslandsvertretungen") and the headquarter in Berlin ("Zentrale") at least six months before the desired start of the internship. The necessary documents include standard items such as a CV, a motivation letter, transcripts, language certificates, internship references, and proof of a compulsory internship. While you can specify the unit or department for the Zentrale, you may only indicate physical locations for the Auslandsvertretungen.

Why did you choose this placement rather than another? What motivated you to apply?

With a keen interest in the Franco-German relationship, I primarily selected representations in France and French-speaking countries in the online form. When I received an email in April, inquiring whether I would be interested in a 3.5-month internship in the political department of the German embassy in Paris, I was overjoyed. The next day, I had an informal telephone call with my head of department, where the internship position was formally offered to me.

What tasks and projects did you work on during your internship?

The primary role in my position involved observing and analysing French domestic and foreign politics and translating pertinent information to the Zentrale in Berlin. One significant ongoing task was orchestrating and preparing the celebration of German Unity Day. Attending the event after dedicating over three months to its planning marked the culmination of my internship on an exceptionally positive note. Witnessing the realisation of my efforts filled me with a profound sense of pride in the outcomes I had helped to achieve.

Continued on the next page...

Did you learn anything important during this placement?

My internship increased my confidence in my abilities and the quality of my work. It served as a reminder that diplomats are individuals, albeit ones I continue to hold in high regard. Beyond personal development, the internship deepened my understanding of Franco-German relations and relevant actors, providing a behind-the-scenes look at international politics.

This internship offered me a glimpse into the highs and lows of diplomatic life. While it may not yield a final decision of whether I wish myself to pursue a diplomatic service career, the internship provided me with immeasurable experiences and knowledge on world politics. I cannot overstate how much I enjoyed each day. The people around me especially played a significant role in giving me that sense of fulfilment.

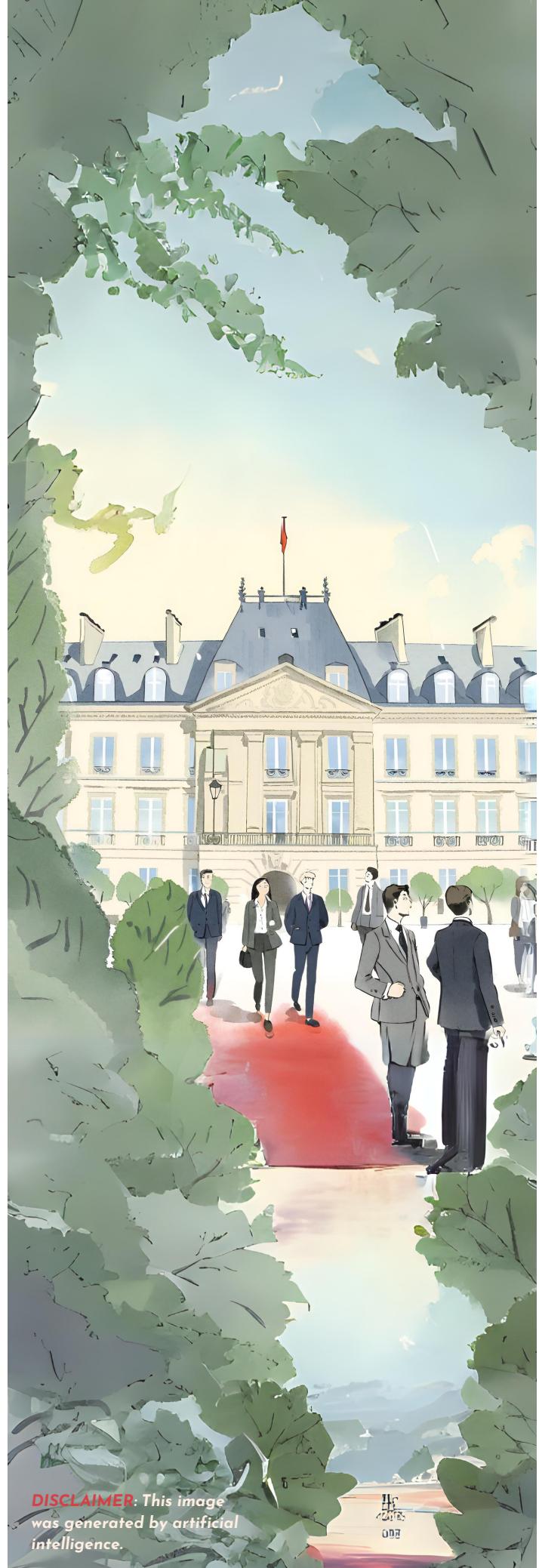
What advice would you give to students who want to apply for internships at the German Foreign Service?

Reflecting on when I completed the online application in October last year, initially doubting any response due to insecurities about my abilities, I urge those in similar situations to apply. You truly never know where it might lead!

Regarding advice on increasing the chances of securing an internship, I would argue that the process is a bit complex due to not knowing who will review your application (in my case, it happened to be the secretary of my department). Each reviewer evidently has their own preferences when it comes to the skills and qualities they value. Nonetheless, I would recommend an early submission of your application, authenticity in your motivation letter, and making use of the additional smaller boxes (e.g., extracurricular activities) to support your motivation letter.

Lastly, if you have any further questions, please don't hesitate to reach out and I'll be happy to answer your questions! :)

Mara Förster hat ihren Bachelor am Campus Reims der Sciences Po Paris absolviert und ist nun Teil der Promotion 2022 des Doppelmasterstudiengangs Affaires Européennes/ Politikwissenschaften zwischen der Sciences Po Paris und der FU Berlin. Seit Oktober 2023 arbeitet sie als Studentische Hilfskraft am Center for Transnational Relations, Foreign and Security Policy der Freien Universität Berlin.



DISCLAIMER: This image was generated by artificial intelligence.

MITGLIEDSANTRAG

Mit deinem Beitrag wirst Du Teil eines lebendigen Netzwerkes und unterstützt die zahlreichen Aktivitäten des deutschfranzösischen Alumni-Vereins AGKV! Als Alumni-Verein verfügen wir über ein weites Netzwerk und können beruflich, aber auch auf persönlicher Ebene voneinander profitieren.

- Wir veranstalten **politische und gesellschaftsrelevante Vorträge & Berufsorientierungsveranstaltungen** sowie Jours Fixes in Berlin, Brüssel, Paris und online mit interessanten thematischen Schwerpunkten und einem deutsch-französischen Fokus.
- Als AGKV-Mitglied erhältst Du unseren regelmäßigen **Newsletter**, in dem wir Dich über aktuelle Stellenausschreibungen und Veranstaltungen informieren.
- Wir unterstützen unsere Mitglieder beim **Berufseinstieg**, zum Beispiel durch den Aufbau von Kontakten zu anderen ehemaligen Studierenden.
- In regelmäßigen Abständen geben wir unser eigenes Journal, den **Courrier Paris - Berlin**, heraus. Darin findest Du spannende Beiträge zu verschiedenen gesellschaftsrelevanten Themen. Du kannst auch selbst aktiv werden und in unserem Journal (offiziell!) publizieren. Wir freuen uns immer über kreative und spannende Beiträge und Artikel. Kontaktiere uns gerne.

Derzeit beträgt der jährliche Mitgliedsbeitrag: 20 € für Studierende und PraktikantInnen, 20 € für Arbeitssuchende/noch in Ausbildung befindliche Mitglieder und 40 € für Berufstätige. Zudem ist ein höherer Mitgliedsbeitrag natürlich immer möglich.

Bitte vergiss nicht, uns ein SEPA-Landschriftmandat (Rückseite) auszustellen, damit wir deinen Beitrag einziehen können. Natürlich kannst du aber auch Bar oder per Überweisung bezahlen.

Ja, ich möchte Mitglied werden:

Als Mitglied erhalte ich automatisch einen Zugang zum internen Bereich der Website.

Nachname, Vorname:

E-Mail-Adresse:

Adresse:

Promo:

Beruf/Arbeitgeber:

Warum benötigen wir diese Daten?

Eine sendefähige Adresse benötigen wir, um beispielsweise Spendenbescheinigungen zusenden zu können.

Deine Promo sowie dein Beruf oder Arbeitgeber ist keine Pflichtangabe. Allerdings helfen diese Daten uns, Dich unter Umständen mit anderen AGKV-Mitgliedern in Kontakt zu bringen, die auf der Suche nach einem Praktikum in diesem Bereich sind. Dein Beruf wird daher auch im internen Bereich angezeigt. Wir werden Deine privaten Informationen natürlich niemals außerhalb der Mitglieder des AGKV und ausschließlich für Zwecke der Vernetzung ehemaliger und aktueller Promos weitergeben.

SEPA-Lastschriftmandat



Ich, ermächtige den Verein der Ehemaligen und Freunde des Deutsch-Französischen Studienzyklus des Institut d'Etudes Politiques de Paris und des Fachbereichs Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin - Gerhard-Kiersch-Verein widerruflich, meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von bei Fälligkeit zu Lasten meines untenstehenden Kontos mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen.

Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von o.g. Verein auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Meine Kontodaten:

IBAN:

BIC:

bei
(Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts)

Kontoänderungen melde ich dem Verein unaufgefordert.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Zur Orientierung: Derzeit beträgt der jährliche Mitgliedsbeitrag EUR 20,- für Studierende und PraktikantInnen, EUR 20,- für Arbeitssuchende/noch in Ausbildung befindliche Mitglieder und EUR 40,- für Berufstätige. Zudem ist ein höherer Mitgliedsbeitrag immer möglich.

Association Gerhard Kiersch Verein e.V.
Berlin, Deutschland

Vorstand:
Svenja Mewesen
Karina Blommen

Bankverbindung:
Commerzbank Berlin
IBAN: DE22 1008 0000 0654 0090 01
BIC: DRESDEFF100

Unterstützt durch die DFH

IMPRESSUM

Herausgeber: Association Gerhard Kiersch Verein,
vertreten durch Svenja Mewesen, Vorsitzende des Vorstands

Association Gerhard Kiersch Verein
info.agkv@googlemail.com

Illustrationen und Layout: Evgenia Ivanchuk





association
GERHARD KIERSCH.
verein